

nb. 3.12.25

Aufheben!

—
Alle Zusen-
dungen ein-
schließlich
Anzeigen an
die Kammer

Ostpommersche Wirtschaft

Im Auftrage der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk
Köslin zu Stolp herausgegeben von ihrem Syndikus Dr. Sievers, Stolp

November 1925

Jahrgang 2
Nummer 8

—
Nachdruck
mit
Quellen-
angabe
erwünscht

Stolper Bank Aktiengesellschaft

Stolp i. Pom.

Telephon 34 und 110
Direktion 268

Stephanplatz 2
Postcheckkonto Stettin 1519

Zweigniederlassungen:

Belgard a. Pers., Kolberg, Köslin, Lauenburg, Rügenwalde, Rummelsburg,
Schlawe, Stolpmünde, Treptow a. Rega

Girokonten:

Preussische Zentralgenossenschaftskasse, Berlin
Pommersche Landesgenossenschaftskasse, Stettin
Preussische Staatsbank (Seehandlung), Berlin
Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin
Direktion der Diskontogesellschaft, Berlin
Reichsbankstelle Stolp

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Stahlkammern

Industrie- und Handelskammer.

Aus der Vollversammlung.

Die 66. Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer wurde am 26. d. Mts. im Kösliner Stadtverordnetenrat um 12 Uhr von ihrem Präsidenten Stadtrat Mancke-Köslin eröffnet, der zunächst mit warmen Worten des Abschlusses des Kammermitglieds Brauereibesitzer Fuhrmann-Polzin und des Vertrauensmannes Arnold Jagnow-Bärwalde gedachte, wobei sich zu ihren Ehren die Versammlung von den Plätzen erhob. Nachdem entsprechend den Bestimmungen die seit der letzten Vollversammlung vom geschäftsführenden Ausschuss vorgenommenen Wahlen bestätigt waren (Ausschuss für die Erledigung eiliger Anträge auf Geschäftsaufsicht — Beirat der Stettiner Reichsnachrichtenstelle — Gemeinsames Schiedsgericht mit der Landwirtschaftskammer — Vertrauensmänner in Polzin und Bärwalde — Zweckverband nordostdeutscher Industrie- und Handelskammern — Ausschuss für deutsch-polnische Beziehungen), nahm K.-M. Bankdirektor Reiß zu längeren Ausführungen über die Kapital- und Kreditnot das Wort und bezeichnete als einzigen Ausweg aus dem Wirrsal angestrengte Arbeit und Verbilligung der Betriebe. Aus der Erörterung ist die auch im späteren Verlauf der Tagung von anderer Seite zur Sprache gebrachte Unwirtschaftlichkeit der jetzigen Getreideaufuhr hervor zu heben, da vorauszu sehen ist, daß zum Frühjahr zur Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes große Getreidemengen zu erheblich höheren Preisen zurückgekauft werden müssen. Die Vollversammlung bestätigte den bereits vom geschäftsführenden Ausschuss gefassten Beschluß, die zuständigen Stellen auf diese Vergeudung hinzuweisen und zu beantragen, daß nicht etwa die Reichsgetreidestelle wieder belebt wird, sondern im Interesse der Allgemeinheit Landwirtschaft, Getreidehandel und Mühlenindustrie durch Kreditmaßnahmen in den Stand gesetzt werden, ihre jetzt durch die Kreditnot lahmgelegte Tätigkeit wieder aufzunehmen, da das Geld auf diese Weise für das Inland arbeiten würde. Auch die Gestaltung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne wurde in ihrer Bedeutung unterstrichen, welche durch Schlichtungsausschüsse und Schlichter auch in dieser Krisis immer noch in einer mit dem Wirtschaftsleben unverträglichen Weise beeinflusst werden. Die Hauptschuldigen seien diejenigen, die von der Hitze leben. Zur Aufklärung von Mißverständnissen bemerkte Kammermitglied Reiß noch, daß der amerikanische Kredit der Rentenbank erst jetzt, also nach Monaten, zu fließen beginne, und daß die Auszahlung des in Vorbereitung befindlichen Provinzialkredits gleichfalls erst nach einiger Zeit beginnen könne. Vorher seien freilich die amerikanischen Wünsche zu befriedigen. Der Syndikus gab einen Auszug aus der durch die Kreditnot veranlaßten umfangreichen Tätigkeit der Kammer seit ihrer letzten Schilderung in der „Ostpommerschen Wirtschaft“ September-Nummer S. 118 ff. aus der wir hier an anderer Stelle die Berichte wiedergeben, welche dem Herrn Oberpräsidenten in Stettin und dem Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin wunschgemäß erstattet worden sind. Zu den Vorarbeiten der Kammer für den Provinzialkredit, zu denen auch eine Erhebung in der Industrie des Kammerbezirks gehört, kommen besondere Bemühungen, wie z. B. um stärkere Zahlungen aus dem staatlichen Ausgleichsfonds der Hauszinssteuer, um die sich der Präsident der Kammer mit Erfolg verdient gemacht hat, sodaß noch weitere Ergebnisse zu erhoffen bleiben.

Als nächsten Punkt sah die Tagesordnung die Stellungnahme zu freiwilligen Lehrlingsprüfungen der Kammer vor, welche in den beiden Vollversammlungen im Januar und April d. Jrs., sowie durch den Sonderausschuss, bestehend aus den Kammermitgliedern Laeven, Lewin, Ruffmann, Kapischke, Seitz vorbereitet worden ist. In Anlehnung an einen Entwurf der Industrie- und Handels-

kammer Oppeln, der unsere Kammer wertvolle Hilfe verdankt, wurde dergestalt eine Satzung für freiwillige Handlungsgehilfenprüfungen ausgearbeitet, welche von Kammermitglied Ruffmann erläutert und zur Annahme empfohlen wurde. Nachdem man von dem Verlauf einer im Oppelner Bezirk in Reife abgehaltenen Prüfung Kenntnis genommen hatte, begnügte man sich in der Erörterung mit der Anregung des Schivelbeiner Kammermitglieds Neumann, die bereits in der letzten Einzelhandelstagung (S. 145) ausgiebig besprochen war, daß die Prüfungen nur in Stolz vorgenommen werden möchten, bis eine Teilung notwendig werde, und verzichtete auf bestimmte Richtlinien, weil man es für ratsam hält, die Regelung im Einzelnen der Entwicklung anzupassen. Die nachfolgende Satzung wurde einstimmig angenommen, die hiermit zur Kenntnis der Kammerwähler gebracht wird:

1.
Für die Abhaltung freiwilliger Handlungsgehilfenprüfungen bildet die Industrie- und Handelskammer Prüfungsausschüsse für die einzelnen Geschäftszweige.

Diese Ausschüsse bestehen aus: dem Vorsitzenden, zwei bis vier Beisitzern und einem Vertreter der zuständigen Berufsschule.

Den Vorsitzenden und die Beisitzer ernennt die Kammer für 1 Jahr.

2.
Die Prüfungen finden in der Regel am Schluß des Sommerhalbjahres (September) bzw. Winterhalbjahres (März) statt.

3.
Die Prüfung umfaßt einen praktischen und einen theoretischen Teil. Die praktische Prüfung soll vor allem ein genügendes Maß von Fachkenntnissen feststellen. Die theoretische Prüfung erstreckt sich auf den Gesamtumfang des für die kaufmännische Berufsschule aufgestellten und genehmigten Lehrplanes. Sie kann in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil gegliedert werden. Auf Grund guter Leistungen in der Berufs- oder Fachschule, die durch die schriftlichen Arbeiten des letzten Schuljahres und das Zeugnis nachzuweisen sind, kann die schriftliche Prüfung erlassen werden.

Die Prüfung kann höchstens einmal wiederholt werden.

4.
Ueber das Ergebnis ist ein Zeugnis von dem Prüfungsausschuss auszustellen und der Kammer zur Bestätigung einzusenden.

5.
Zur Ablegung der Gehilfenprüfung hat sich der Prüfling schriftlich zu melden. Der Meldung sind beizufügen:

1. ein selbstgeschriebener Lebenslauf,
2. ein Zeugnis des Lehrherrn über die Dauer der Lehrzeit, deren Erfolg und über die Führung,
3. das letzte Zeugnis der Berufsschule oder einer öffentlich anerkannten zweijährigen Handelsschule oder einer öffentlich anerkannten 1jährigen höheren Handelsschule.

Die Meldungen sind an die Industrie- und Handelskammer in Stolz zu richten.

Nach dieser Anbahnung einer bedeutsamen Neuerung im Wirtschaftsleben des Bezirks, aus welcher Handel und Industrie nunmehr die Folgerungen zu ziehen haben werden, ging die Vollversammlung zur Klärung der Frage der Sonntagsruhe im Kammerbezirk über, die sich bei mannigfachen Gelegenheiten als dringend wünschenswert ergeben hat und vom Syndikus geschildert wurde. In ausführlicher Aussprache ergab sich die vollkommene Uebereinstimmung, daß weder für die größeren noch für die kleineren Plätze des Kammerbezirks ein Abbau der Sonntagsruhe anzustreben sei. Ebenso wurde Einmütigkeit in dem Wunsche festgestellt, daß die zuständigen Behörden dauernd für genaue Durchführung der Sonntagsruhe zu sorgen hätten.

ten, an der es jetzt vor allem auf dem platten Lande fehle. Schließlich erklärte man eine einheitliche Regelung der freigegebenen Sonntage für notwendig und nahm zur Vorbereitung zunächst eine Umfrage in Aussicht, um die Wünsche an den einzelnen Plätzen zu ermitteln. Eine besondere Rolle spielte in den Darlegungen der Kammermitglieder aus dem Einzelhandel die außerordentliche Ausdehnung des Hausierwesens, sodaß dessen Behandlung auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung gesetzt werden soll.

Den Beschluß der Vollversammlung, die bis 1/3 Uhr dauerte, machten eine Reihe von Wünschen und Anregungen aus der Versammlung, so die Schwierigkeiten, die sich aus der Anberaumung von Terminen in Köslin ergeben, die mit dem Morgenzug, an Köslin 9,29 Uhr, nicht mehr rechtzeitig erreicht werden können, — ferner die Freilassung des Viehhandels von der Gewerbesteuer, ebenso der Hausierer, sodaß Ausfälle entstehen, welche die übrigen Handel- und Gewerbetreibenden decken müssen, — die hohen Beiträge zu den Krankenkassen, die den Wunsch laut werden ließen, daß die Kammer selbst eine Krankenkasse für kaufmännische Angestellte und Arbeiter des Bezirks einrichten möge, was jedoch die Gesetzgebung unmöglich macht. Zu Beschwerden über die gewaltige Erhöhung der Beiträge zur Angestellten-Versicherung wurde auf die einschlägigen Artikel in der „Ostpommerschen Wirtschaft“ Mai-Nummer S. 80 und Juni-Nummer S. 96 hingewiesen und zu Klagen über seltene Sitzungen von Gewerbesteuerausschüssen wurde betont, daß die Kammer in den Gewerbesteuerausschüssen vertreten sei und gegebenenfalls von den Vertretern (Januar-Nummer der „Ostpommerschen Wirtschaft“ S. 2) Mitteilung erwartet werden müsse, um eine andere Handhabung zu veranlassen. Mit Recht wurde ferner von einem Kammermitglied die Wichtigkeit der neuen Bewertung der Grundstücke infolge des Reichsbewertungsgesetzes hervorgehoben. Der Syndikus erwiderte, daß in die hierfür zu bildenden Grundwertausschüsse die Kammer ebenso Vertreter zu entsenden hat, wie in die Gewerbeausschüsse, welche für die Bewertung des Betriebsvermögens zuständig sind. Bis zur Bildung der Ausschüsse wird jedoch noch einige Zeit vergehen, da die neuen Einheitswerte zuerst den Steuern zugrunde zu legen sind, die für das Kalenderjahr 1926 erhoben werden. Zu Klagen über niedrige Bewertung von Waren in einem Neustettiner Konkursausverkauf bedarf es näherer Erläuterung der Sachlage und zu Wünschen, daß als Konkursverwalter in Lauenburg nicht stets Rechtsanwälte bestellt werden sollten, ist es erforderlich, der Kammer geeignete andere Persönlichkeiten vorzuschlagen, die erst dann Schritte tun kann.

Vertrauensmänner.

Als Vertrauensmänner der Kammer sind für Polzin infolge Ablebens des Kammermitglieds Brauereibesitzer Otto Fuhrmann sein Sohn Brauereibesitzer Carl Fuhrmann-Polzin, für Bärwalde infolge Ablebens des langjährigen Vertrauensmanns Arnold Jagnow Kaufmann Franz Wahl-Bärwalde gewählt worden.

Vereidigung.

Die Kammer hat am 19. Oktober den Inspektor a. D. Eugen Dölzke-Groß-Wardin Kr. Belgard als Sachverständigen für landwirtschaftliche Erzeugnisse öffentlich bestellt und beeidigt, am 27. November 1925 den Kaufmann Martin Sommer-Kolberg als Probenehmer für Düngemittel.

Der von der Kammer als Sachverständiger für Kolonial- und Materialwaren öffentlich bestellte und beeidigte Kaufmann Max Seifert-Neustettin ist verstorben.

Der von der Kammer für landwirtschaftliche Erzeugnisse öffentlich bestellte und beeidigte Sachverständige Robert

Riedel-Schivelbein hat sein Amt am 22. November d. Jrs. wegen Verzuges aus dem Kammerbezirk niedergelegt.

Wäger-Gebühren.

Auf Antrag der Rügenwalder Wäger hat die Kammer nach Prüfung der Sachlage die Wägergebühren in den drei Bezirkshäfen neu festgesetzt:

Mit Wirkung ab 25. d. Mts. sind zu erheben:
für die Tonne (20 Ztr.)

mit Dampfwinde:

	kg	§	§
a) bis zu 10 000	12	15	
b) bis zu 30 000	10	13	
c) über 30 000	8	11	

mit automatischer Wage:

	kg	§	§
a) bis zu 10 000	10		
b) bis zu 30 000	8		
c) über 30 000	7		

mit Handwinde:

	kg	§	§
a) bis zu 10 000	15	15	
b) bis zu 30 000	13	15	
c) über 30 000	11	15	

Jubiläum.

Am 29. Oktober d. J. feierte die Hofapotheke Ernst Steffenhagen-Köslin das zweihundertjährige Bestehen. Die Kammer übersandte der Firma ihre Glückwünsche.

Vereinigung Stolper Kolonialwarenhändler.

Ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen beging am 22. Oktober d. Jrs. die Vereinigung Stolper Kolonialwarenhändler mit einer Festigung im Sitzungsaal der Kammer und anschließendem Essen. Die Kammer brachte ihre Glückwünsche in einem längeren Schreiben und in der Festigung durch ihr Mitglied Stadtrat Laeuen zum Ausdruck. Einen näheren Einblick in den Werdegang der Vereinigung gibt eine Festschrift, die erkennen läßt, welches besondere Verdienst sich Kammer-Mitglied August Ruffmann um die Vereinigung erworben hat, der sie seit 1909 ununterbrochen leitet.

Ehrenurkunden.

Für langjährige treue Tätigkeit bei derselben Firma verlieh die Kammer die Ehrenurkunde an Direktrice Fräulein Berta Waak bei der Firma S. Müllerheim Nachf.-Stolper — Arbeiter Friedrich Krause bei der Firma Josef Rund-

Warum?

sind Ihre Hände so rauh? Verwenden Sie in Zukunft nur

Prof. Dr. SCHLEICH'S

Wachsmarmorseife

Sie haben dann weiche Hände trotz grober Arbeit.

Wachsmarmorseife

In Blechdosen verschiedener Größen zu beziehen durch Apotheken und Drogerien.

Chemische Fabrik SCHLEICH G. m. b. H.

Berlin N.W. 6 Luisenstraße 30

RR 66

REKLAME-LOWE BERLIN W. 50

Kolberg — Verkäuferin und Disponentin Frau Marta Schishauer bei der Firma P. Leiser-Belgard — Bürodienster Wilhelm Stark bei der Firma A. Ascher-Kolberg.

Aus der Amtsstelle der Kammer.

Der bisherige Volontär Dr. Holz ist seit dem 1. Oktober d. J. als Hilfsarbeiter tätig.

Steuer- und Buchführungsstelle.

Nachdem bereits in den letzten Jahren Vertreter der Industrie- und Handelskammer Allenstein und Elbing die Einrichtungen der Steuer- und Buchführungsstelle unserer Kammer besichtigt hatten, studierte sie kürzlich der Syndikus der Industrie- und Handelskammer Stralsund.

Geld- und Kreditwesen.

Kreditnot.

Wie die Kammer Ende Oktober dem Herrn Oberpräsidenten im Anschluß an ein Schreiben vom 15. Oktober und an die mündlichen Erörterungen, zu denen entsprechend unserer Bitte unserem Mitglied Herrn Manasse-Dramburg Gelegenheit gegeben war, berichtete und später dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe wiederholte, sind die scharfen Aufforderungen, welche die Reichsbank und unter ihrem Einfluß die Privatbanken und sonstigen Kreditinstitute wegen Abdeckung der landwirtschaftlichen Verpflichtungen aufgestellt haben, die Quelle einer außerordentlichen Beunruhigung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den mit ihr zusammenhängenden Kreisen von Handel und Industrie unseres Bezirks geworden. Sicherlich ist es notwendig und richtig, daß die Landwirte ernsthaft und nachdrücklich angehalten werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Auch der Getreidehandel und die sonstigen Geschäfts- und Industriezweige wirken in dieser Richtung ein. Wir haben den Eindruck, daß die Landwirte bereit sind, nach Kräften abzugeben, indessen besitzen wir genügenden Einblick in ihre Verhältnisse um urteilen zu können, daß die geforderte restlose Einlösung schlechterdings unmöglich ist. Etwaige Proteste und Klagen würden Zwangsversteigerungen in einem Umfange bewirken, daß es zu einer Katastrophe des gesamten Wirtschaftslebens in unserem ausgedehnten Bezirk käme. Es bedarf keines Hinweises, daß es zahlfähige Käufer in nennenswertem Umfange nicht gibt. Der allgemeine Zusammenbruch und eine völlige Verschleuderung des Nationalvermögens wäre die Folge; denn die Rückwirkungen würden sich nicht auf den Getreidehandel beschränken, sondern alle Geschäfts- und Industriezweige unseres Bezirks in Mitleidenschaft ziehen, die mehr oder minder als Kreditgeber der Landwirtschaft zu betrachten sind und von ihren Aufträgen abhängen.

Bei den vielfachen Erörterungen dieser verzweifeltsten Sachlage hat es auch nicht an Betrachtungen gefehlt, daß in mancher Beziehung der Landwirtschaft die Schuld mit beizumessen sei, aber es würde schwer fallen, den Vorwürfen eine allgemeine Ausdehnung zu geben, wenn man sie begründen wollte, und vor allem kann es sich jetzt nicht darum handeln, die Schuldfrage zu prüfen, sondern mit größter Beschleunigung zu verhüten, daß es zum Schlimmsten kommt.

Sehr wesentlich ist an der Zuspitzung die unmöglich vorauszu sehende Gestaltung der Witterung beteiligt. Die Landwirtschaft sieht sich immer wieder behindert, in dem wünschenswerten Umfang zu liefern, um ihren Verpflichtungen gerecht zu werden, weil das Weiter hemmt und die Bergung der bedrohten Kartoffelernte verzögert. Darüber hinaus knüpfen sich an die künftige Entwicklung schwere Befürchtungen. Die Landwirte erklären mit Grund, daß sie künstlichen Dünger nicht mehr verwenden können und zu extensiver Wirtschaft übergehen müssen. Das große Ziel, insbesondere auch in der Landwirtschaft die Erzeu-

gung zu steigern und dadurch unsere so ungünstige Handelsbilanz zu verbessern, könnte also nicht erreicht werden. Im Gegenteil muß damit gerechnet werden, daß die Ernte zurückgeht und auch auf dem Lande Arbeiter entlassen werden. So gehen die Wirkungen weit über die Grenze unseres Bezirkes und der Provinz hinaus.

Gleichzeitig muß aber betont werden, daß sich auch in Handel und Industrie unseres Bezirkes die Dinge von Tag zu Tag zuspitzen. Alle Betriebe sind in großer Not an den Lohnzahlungstagen die Löhne auszuzahlen. Die quälende Sorge, die Arbeiter mit ihren Familien ohne Geld zu lassen, zermürbt allmählich die Nerven. Der Kammer geht ein Notschrei nach dem andern zu, und wir unterstreichen in diesem Zusammenhang immer wieder, daß es an Aufträgen nicht fehlt, aber die Gefahr immer größer wird, die Arbeiter trotzdem arbeitslos zu machen. Im Reichsbankdirektorium ist uns auf persönliche Vorstellungen erklärt worden, daß es nicht Aufgabe der Reichsbank sei, bei der so vorauszu sehenden Erwerbslosigkeit einzutreten, sondern daß dies anderen Stellen überlassen bleiben müsse, als wir eindringlich darauf aufmerksam machten, wie es die Reichsbank in der Hand habe, der auf ihre Maßnahmen zurückzuführenden Arbeitslosigkeit zu begegnen, und daß die Frage immer lauter werde, was die Erhaltung der Währung nütze, wenn darüber die Wirtschaft zugrunde ginge.

Die Kammer ist sich als gesetzlich berufene Vertretung von Handel und Industrie der Tragweite dieser Bemerkungen wohl bewußt, aber es erscheint jetzt zwecklos, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Wiederholt sprachen wir also die Bitte aus, nach Kräften um schnelle Abhilfe bemüht zu sein.

Veröffentlichung der Wechselproteste.

Den Ausführungen der Industrie- und Handelskammer Altena i. Westf., daß die Justizverwaltung die Wechselproteste in Listen veröffentlichen solle, konnte sich unsere Kammer in ihrem Bericht an den Deutschen Industrie- und Handelstag nicht anschließen. Seit langen Jahren wird von einer Privatorganisation in Leipzig eine vertrauliche Wechselprotestliste herausgegeben, die, so umfangreich sie ist, doch den Ansprüchen nicht genügt, da sie in Deutschland nicht alle einzelnen Fälle erfassen kann; auch bei einer zwangsweisen Anmeldung aller vorkommenden Wechselproteste würde ihre Erfassung auf Schwierigkeiten stoßen, die in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen stehen dürften. Hierzu treten die erheblichen Unkosten.

Die heutigen Verhältnisse mahnen jeden Kaufmann und Industriellen zur größten Vorsicht, sodaß er in der Sammlung von Auskunftsmaterial größere Sorgfalt als früher aufwendet und sich dadurch selbst besser vor Verlusten schützt.

Auch darf nicht übersehen werden, daß durch den gesetzlichen Zwang der Anmeldung der vorkommenden Proteste mancher Schaden angerichtet werden und die Kreditwürdigkeit leiden kann, wenn der Protest aus Gründen erfolgt ist, die nicht auf geschäftliche Verlegenheiten zurückzuführen sind. Bisher ist es immer gelungen, die Reichsbank und andere Interessenten über die Ursache des Protestes in solchen Fällen aufzuklären, sodaß der Akzeptant seine Kreditfähigkeit behielt, während, wenn der Wechselprotest erst einmal auf einer öffentlichen Liste verzeichnet steht, die Schädigung der Kreditwürdigkeit, die aus einem infolge Irrtums, Nachlässigkeit usw. erfolgten Protest droht, nicht mehr aufgehoben werden kann.

Manifestantenliste.

Der Anregung des Bayerischen Handelskammertages, daß mit einheitlicher Behandlung die Manifestantenlisten veröffentlicht, mindestens aber den Industrie- und Handelskammern fortlaufend mit größter Beschleunigung zugestellt werden sollen, stimmten wir in einem Schreiben an den Deutschen Industrie- und Handelstag zu, fürchten aller-

dings, daß die Justizverwaltung sich zu der neuen Belastung der Gerichtsbehörden schwer verstehen wird und sich darauf beziehen wird, daß schon jetzt jedem die Einsicht gestattet ist, und der Gerichtsschreiber auf Antrag Auskunft zu geben hat.

Warnungen.

Es kommt nicht selten vor, daß amerikanische Kredite von zweifelhaften Persönlichkeiten angeboten werden. Daher empfiehlt es sich, bei allen Angeboten Nachfrage bei unserer Kammer zu halten.

Auch eine in Elberfeld erscheinende Zeitschrift, welche sich die Bezeichnung „Syndikus“ beigelegt hat, verbreitet über ihren Geschäftsbetrieb Angaben, deren Nachprüfung sich empfiehlt, sodas ebenfalls Rückfrage bei unserer Kammer geboten ist.

Steuern und Zölle.

Rentenbankverpflichtungen.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 wurde die Belastung der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe einschließlich der Banken zu Gunsten der Deutschen Rentenbank aufgehoben. Die Schuldverschreibungen konnten gemäß Bekanntmachung des Bankvorstandes (Dt. Reichsanzeiger Nr. 32 vom 7. 2. 1925) bis zum 6. März 1925 zurückgefordert werden. Nach Ablauf obiger Frist sind die Schuldverschreibungen — sofern keine Rückgabe erfolgt ist — vernichtet worden. Die Rentenbank erteilt den Unternehmern auf Antrag eine Bescheinigung über die Vernichtung.

Es besteht somit bezüglich des Verbleibs der Schuldverschreibungen kein Grund zu irgend welchen Beunruhigungen.

Dorauszahlungen der Gewerbesteuer.

Es herrscht Unklarheit über den Termin, zu dem die

Dorauszahlungen auf die Steuer nach dem Gewerbeertrage zu leisten sind. Das Gesetz zur Ueberleitung der Gewerbesteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren bestimmt in seinem § 12, daß die Dorauszahlung auf die Gewerbeertragssteuer vom dritten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1925 ab am 15. des zweiten Monats des Vierteljahres zu entrichten sind, d. h. also vom Oktober bis Dezember am 15. November, vom Januar bis März am 15. Februar und zwar ohne Schonfrist.

Dorausleistung für die Wegeunterhaltung.

Nachdem der Landesausschuß der preußischen Industrie- und Handelskammern bereits verschiedentlich bei den maßgebenden Stellen auf die Mängel hingewiesen hatte, welche dem gegenwärtigen System der Erhebung von Dorausleistungen für die Wegeunterhaltung anhaften, hat kürzlich im Handelsministerium eine Besprechung stattgefunden, an der außer dem Landesausschuß auch der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Großhandels beteiligt gewesen sind. Die Besprechung diente als Vorbesprechung für die Verhandlungen, welche Mitte November im Ministerium des Innern mit den Vertretern der Gemeinden, Kreise und Provinzen in Aussicht genommen ist. Die Erörterungen im Handelsministerium haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Es herrschte Einigkeit darüber, daß einheitlich die folgenden Forderungen vertreten werden sollen:

1. Einteilung der Straßen in Wege erster und zweiter Ordnung. Zur Unterhaltung der Wege erster Ordnung, die den preußischen Provinzen obliegt, dient das gesamte Einkommen aus der Reichskraftfahrzeugsteuer. Die Unterhaltung der Wege zweiter Ordnung obliegt den Kreisen und erfolgt lediglich aus Kreissteuern (Kreisumlagen und Dotationen sowie etwaiger Beihilfen der Provinzen).

Zwischenlösungen durch Schaffung besonderer Zweckverbände von Provinz und Wirtschaft zur Unterhaltung der

Danziger Privat-Aktien-Bank

Begründet 1856

Filiale Stolp i. Pom., Bismarckplatz 21

Telephon Nr. 95 129 350

Postcheck-Konto Stettin 1412

Ausführung aller bankmäßigen
Geschäfte zu günstigen Bedingungen

An- und Verkauf
von Wertpapieren

Devisen-Verkehr

Wege erster Ordnung und Verbindungen zwischen Provinz und Kreisen zur Unterhaltung der Wege zweiter Ordnung sind möglich.

Von den nicht motorischen Fahrzeugen wird eine besondere Steuer erhoben, deren Ertrag ebenso wie unter Umständen der aus den Autozöllen und der Autolugussteuer lediglich zur Unterhaltung der Wege zu verwenden ist.

2. Wegevorausleistungen und sämtliche Spezialsteuern (Reisensteuer, Benzolsteuer sowie Zuschläge zu Kraftfahrzeugen) sind zu verwerfen.

3. Mitwirkung der Wirtschaft in der Zentral-, Provinzial- und Kreisinstanz sowohl bei der Aufstellung des Wegeplanes als auch bei der Beschlußfassung über Verwendung der Mittel.

4. Den Provinzen und Kreisen soll u. a. zum Ausgleich für die fallenden Vorausleistungen der Betrieb von Kraftfahrzeuglinien auf den Wegen erster und zweiter Ordnung ohne Konzession gestattet werden, deren Einnahmen zu der Unterhaltung der Straßen zweiter Ordnung beitragen sollen.

Von dem Ausgang einer gemeinsamen Besprechung wird die Entscheidung abhängig gemacht werden, ob die preußischen Vorausleistungen beibehalten werden sollen. Sollte diese Frage, was, soweit man die Dinge überschauen kann, unwahrscheinlich sein dürfte, bejaht werden, so würde die preußische Verordnung entsprechend den bisher gemachten Erfahrungen einer Abänderung unterzogen werden, um die größten in die Erscheinung getretenen Mängel abzustellen. Wird die Frage verneint, so wird die Ablösung der Vorausleistungen durch eine entsprechende Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer in den Vordergrund gestellt werden.

Tabakwarenpackungen mit Freisteuerzeichen.

Erneute Vorstellungen des Deutschen Industrie- und Handelstags beantwortete der Reichsminister der Finanzen am 28. September d. J., wie folgt:

„In meiner Verfügung vom 29. Juni 1925 II B st 4386 bin ich davon ausgegangen, daß für den Umfang der bis auf höchstens 15 v. H. des Steuerbetrages zu gewährenden Ermäßigung die Gesamtumstände des einzelnen Falles maßgebend sein sollen. Demgemäß kann der Wertverlust, wie er sich in Hundertsätzen aus dem Verhältnis des Steuerwertes der Freisteuerzeichen zu dem der bestellten Steuerzeichen ergibt, für die Festsetzung des Umfanges der Ermäßigung zwar nicht allein maßgebend sein, wohl aber einen wesentlichen Anhalt bieten. Ich habe im übrigen soweit Klagen über die Durchführung meiner vorbezeichneten Verfügung zu meiner Kenntnis gelangt sind, die nachgeordneten Stellen dahin verständigt, daß es im Hinblick auf die durch die Verfügung beabsichtigte Regelung angängig ist, wenn zum Ausgleich von Härten bei Bemessung der Ermäßigung im Rahmen meiner Verfügung mit einem gewissen Entgegenkommen verfahren wird.“

Verkehr.

Ständige Tariskommission.

Angeblieh wird geplant, die Zusammensetzung der Ständigen Tariskommission der deutschen Eisenbahnen derart zu ändern, daß sie dann in der Hauptsache von Mitteldeutschland und Süddeutschland gebildet würde. Von den verbleibenden norddeutschen Direktionen kommt keine für die Beobachtung der Verhältnisse unserer Provinz in Betracht, die in ihrer langen Ausdehnung einen wesentlichen Teil der Ostseeküste einnimmt. Die Reichsbahndirektion Königsberg hat durch die Abtrennung Ostpreußens eine noch stärkere Sonderstellung erhalten als im Frieden, scheidet also für die Beurteilung unserer Verhältnisse aus. Ebenso gilt dies von der Reichsbahndirektion Altona und von der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Andererseits hat unsere Provinz ebenfalls durch die Kriegsfolgen schwere Schädigungen erlitten und vor allem trifft dies für den Regierungsbezirk Köslin zu, der Grenzbezirk geworden ist und nur noch nach Westen mit dem übrigen Deutschland zusammenhängt, während er im Osten und Süden durch die neuen Grenzen abgeschnürt ist. Veranschaulicht man die heutige Lage Ostpreußens als diejenige einer Insel des Deutschen Reiches, so ist unser Kammerbezirk eine Halbinsel. Dabei wird vielfach nicht genügend gewürdigt, welchen Umfang dieser Bezirk hat. Es handelt sich um ein Gebiet, das beinahe ebenso groß ist wie der Freistaat Sachsen oder wie die Provinz Schleswig-Holstein. Erhebliche wirtschaftliche Interessen sind also mit ihm verknüpft, sowohl im Bezüge wie im Versand, die beide durch die Abschnürung stark beeinträchtigt worden sind. Es kommt hinzu, daß unser Bezirk durch weite Entfernungen von den Mittelpunkten der Verwaltung und der Wirtschaft getrennt ist. Der wichtigste Platz ist Berlin und der D-Zug fährt von Stolp bis Berlin beinahe 7 Stunden, bis Stettin 4 Stunden. Diese Angelegenheit macht sich in vielen Beziehungen sehr ungünstig bemerkbar.

Aus diesen Gründen hat unsere Kammer die Reichsbahn-Hauptverwaltung um Aufnahme der Reichsbahndirektion Stettin in die Ständige Tariskommission gebeten.

Kilometerhefte.

Der Reichsbahndirektion Erfurt, die mit der Prüfung der Frage beauftragt worden ist, ob und in welcher Art Fahrpreisrabatte für den Bereich der Deutschen Reichsbahn gewährt werden können, erklärte der Zweckverband nordostdeutscher Industrie- und Handelskammern, dem die Industrie- und Handelskammern für den Regierungsbezirk Köslin zu Stolp, für die Grenzmark Posen/Westpreußen zu Schneidemühl und für den Regierungsbezirk Westpreußen und das westliche Ostpreußen, Sitz Elbing, angehören (siehe S. 118), daß er für die Einführung von Kilometerheften eintritt.

Die Besiedlung der Bezirke dieser drei Kammern ist sehr dünn. Die einzelnen Städte liegen weit auseinander, und um die Mittelpunkte der Verwaltung und der Wirtschaft aufzusuchen, müssen große Reisen unternommen werden. Für das Wirtschaftsleben der Verbandsgebiete hat insbesondere Berlin, das weit entfernt liegt, eine höhere Bedeutung als für westliche oder gar südliche Gebiete. Reisen von mehreren hundert km nach Berlin sind daher häufig. Die Zahl der Kilometer, welche von den Gewerbetreibenden und Bewohnern des Bezirks des Zweckverbandes zurückgelegt werden, ist also größer als diejenige der Gewerbetreibenden in anderen Bezirken. Wie aber der Kaufmann guten Kunden Ausnahmepreise gewährt, so dürfte es auch angebracht sein, daß die Reichsbahnverwaltung den Reisenden, die Kilometer in größerer Zahl in Anspruch nehmen, die also höhere Zahlungen für ihre Reisen zu leisten haben, Entgegenkommen zeigt.

Dieses dürfte am zweckmäßigsten durch die Einführung des Kilometerheftes, wie es früher in Baden bestanden hat, geschehen. Während in großen Städten die Reisenden in Sonderzügen vereint werden können, fällt diese Vergünstigung für die Bewohner der kleineren Städte unseres Zweckverbandes fort. Die Reichsbahn aber würde durch die Einführung von Kilometerheften nicht schlechter gestellt sein als durch das Zusammenströmen von vielen Reisenden in einzelnen Sonderzügen. Denn bei den einzelnen Sonderzügen müssen die Preise erheblich herabgesetzt werden, während durch die Einführung von Kilometerheften dafür gesorgt wird, daß die regelmäßig verkehrenden Züge, eine bessere Besetzung finden. Wie in der Denkschrift des Syndikus des Badischen Verkehrsverbandes, des Herrn Rieger, „Zur Einführung des Kilometerheftes bei der Deutschen Reichsbahn“ ausgeführt wird, bedeutet die Einführung des Kilometerheftes einen starken Anreiz zur Reise. Die Ver-

kehrsteigerung ist auch nicht etwa unwirtschaftlich, da auch der Inhaber eines Kilometerheftes nur reist, wenn es für ihn wirtschaftlich ist, während die Ausgabe von Fahrabonnements zu unnützen Belastungen der Eisenbahn führen kann.

In der erwähnten Denkschrift sind alle Gründe, welche für die Einführung des Kilometerheftes bei der Deutschen Reichsbahn sprechen, eingehend auseinandergesetzt. Es war zu betonen, wie wichtig es wäre, zu ermöglichen, daß die Inhaber von Kilometerheften vor Antritt der Reise die Schalter nicht mehr aufsuchen brauchen. Eine Abschreibung während der Fahrt würde die Kilometerhefte brauchbarer machen, und sie würden dadurch gegenüber den sonst recht beliebten Rundreiseheften einen ganz besonderen Vorteil haben.

Die Reichsbahndirektion Erfurt sagte zu, die Eingabe bei der weiteren Bearbeitung zu verwenden, wies aber darauf hin, daß in den Vorschlägen des Herrn Rieger die großen Schwierigkeiten für die Reichsbahn unterschätzt worden sind. Die Abfertigung wird sich wesentlich verlangsamen und voraussichtlich wird eine ziemlich beträchtliche Personalvermehrung erforderlich sein. Unmöglich ist es, die Abschreibung der km im Zuge vorzunehmen, da das mit dem vorhandenen Personal, selbst, wenn dieses erheblich vermehrt wird, nicht durchzuführen ist, auch der Fahrgeldhinterziehung Tür und Tor öffnen würde.

Güterverkehr.

Mit Einführung des Winterfahrplanes ist das Güterkursbuch neu herausgegeben worden. Die inhaltlich erheblich erweiterte Neuauflage enthält eine Darstellung der besten Beförderungsgelegenheiten für Wagenladungen im Auslandsverkehr und zwischen großen, voneinander weit entfernten deutschen Verkehrsgebieten. Der Verkaufspreis des Güterkursbuches ist von 4 auf 3 Reichsmark herabgesetzt worden. Es kann unmittelbar bei der Auskunft der Deutschen Reichsbahn, Berlin C. 2, Bahnhof Alexanderplatz, und durch Vermittelung der Güterabfertigung und Stationskassen bezogen werden. Auskünfte aller Art über die Beförderung von Gütern werden auch durch das Verkehrsbureau der Reichsbahndirektion Berlin, Fernsprecher Nollendorf 1551—59, Hausanschluß 37, erteilt.

Erklärungen im Frachtbriefe.

Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Hannover als der geschäftsführenden Verwaltung des Deutschen Eisenbahn-Verkehrs-Verbandes ist im Interesse der Verfrachter beabsichtigt, in § 56 der Eisenbahn-Verkehrsordnung als neue Ziffer 11 folgende Bestimmung aufzunehmen:

Der Ueberbringer eines vom Absender unterzeichneten Frachtbriefes gilt als zur Auslieferung des Gutes und Abgabe aller Erklärungen befugt, die nach der E. V. O. oder den Tarifen bei Abschluß des Frachtvertrages abzugeben sind oder abgegeben werden können.

Die genannte Reichsbahndirektion führt hierzu aus, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage die durch die E. V. O. vorgeschriebenen Frachtbriefvermerke und Erklärungen auf den Frachtbriefen nur vom Absender selbst abzugeben seien. Aus der Reihe der Bestimmungen, die dies vorschreiben, komme hauptsächlich § 62 E. V. O. in Betracht, wonach der Absender bei Aufgabe mangelhafter verpackter oder unverpackter Güter das Fehlen oder die Mängel der Verpackung im Frachtbriefe anzuerkennen habe. Auf Grund dieser Bestimmung sei die Eisenbahn berechtigt, in dem Falle, in dem das Anerkenntnis nicht vom Absender selbst unterschrieben sei, die Annahme des Gutes solange abzulehnen, bis das Fehlende nachgeholt sei.

In der Regel werde aber Gut und Frachtbrief nicht vom Absender, sondern von Rollfuhrunternehmern, Dienstmannern oder von Angestellten und Arbeitern aufgeliefert.

Seien daher nachträglich Erklärungen in den Frachtbriefen abzugeben, oder Frachtbriefe aus irgend einem anderen Anlaß zu ändern oder zu ergänzen, so begegne die Durchführung großen Schwierigkeiten. In vielen Fällen sei auch mit der Nachholung eine Verzögerung in der Abbeförderung des Gutes verbunden, so namentlich, wenn der Absender weit entfernt von der Abfertigungsstelle wohne oder auch, wie beim Schluß von Messen und Märkten, vom Aufgabort bereits abgereist sei. Die Praxis habe dann wohl dazu geführt, zum Vorteil beider Teile den Auslieferer als beauftragten Erfüllungsgehilfen des Absenders zu betrachten, zumal es sich meist nur um die Feststellung von Tatsachen und nicht um eine rechtsgeschäftliche Erklärung handele. Wenn der Absender nicht erreichbar sei, bleibe nur übrig, den beanstandeten Frachtbrief durch einen neuen zu ersetzen, in dem der Auslieferer (Spediteur) als Absender

Vereinsbank für Pommern

Aktiengesellschaft

Stolp i. Pom.

Langestraße 62

Fernsprecher Nr. 264, 265, 274, 288

Filialen in Belgard (Pers.), Bublitz, Bütow,
Kolberg, Schlawe, Stolpmünde



Günstige und sorgfältige Ausführung aller
Bankgeschäfte.

S chornsteine

für jeden Fabrik-Betrieb

Neubauten, Reparaturen in und außer Betrieb-
Dampfkesselmauerung, Ringöfen, Flugasche-,
und Funkenfänger, Blitzableiter, Wasserbehälter,
sowie alle vork. Bauarbeiten.

ulze & Schröder

Hannover.

Telegramm-Adr.: Schornsteinbau, Fernspr. Nord 1237.

Vertreter für Pommern und Mecklenburg:

Civ. Jng. H. Wendisch, Stettin, Turnerstr. 8

Fernsprecher 6262.

erscheine. Damit werde aber dem wirklichen Absender das Verfügungsrecht nach § 73 E. V. O. entzogen, in das Recht des Absenders also in viel höherem Maße eingegriffen, als durch eine Aenderung des ursprünglichen Frachtbriefes.

Nach Lage der Sache könne es daher den Verkehrstreibenden nur erwünscht sein, wenn eine auf rechtlicher Grundlage beruhende Anordnung getroffen würde, durch die die bisherigen Uebelstände beseitigt würden.

Dem Vorschlage stimmt unsere Kammer nach Abwägung der Vorteile und Nachteile mit Bestimmtheit zu.

Die Postverbindungen im Oberpostdirektionsbezirk Köslin.

Der Oberpostdirektionsbezirk Köslin umfaßt den Regierungsbezirk Köslin in seiner ganzen Ausdehnung, ferner die Kreise Deutsch-Krone, Flatow und Schlochau der Grenzmark Posen-Westpreußen; er hat einen Flächenraum von rund 18 700 qkm mit 860 990 Einwohnern, so daß auf 1 qkm nur rund 46 Einwohner entfallen. Damit gehört er zu den am schwächsten bevölkerten Gegenden des deutschen Reichs, dessen Durchschnitt 133 Einwohner auf 1 qkm beträgt.

Die Oberpostdirektion Köslin unterhält für den Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkverkehr 338 Verkehrsanstalten, nämlich 50 Postämter, 2 Telegraphenbauämter und 286 Postagenturen. Der Bezirk hat einen ausgesprochen ländlichen Charakter ohne größere Städte und ohne bedeutende Industrie. Der Verkehr ist deshalb im Vergleich mit anderen Bezirken schwach; die Einnahmen reichen nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Der Bezirk ist Zuschußbezirk, der von den Ueberschüssen anderer volks- und verkehrsreicher Bezirke zehrt. Diese Tatsache wird von der Bevölkerung nicht immer voll gewürdigt, vor allen Dingen wird selten bedacht, welche großen und kostspieligen Aufwendungen die Reichspost für den Bezirk ohne entsprechende Gegenleistungen ständig zu machen hat.

Das weite Gebiet des Oberpostdirektionsbezirks Köslin, das an Größe nahezu dem Württembergs gleichkommt, wird von zwei Hauptverkehrsadern durchschnitten, die beide von Berlin ausgehend den Bezirk im Norden und Süden durchqueren. Im Norden ist es die Bahnstrecke Berlin—Stettin—Köslin—Stolp—Danzig, im Süden die Strecke Berlin—Schneidemühl—Dirschau—Eydtkuhnen. Von beiden Hauptadern zweigen sich die Nebenadern nach allen Richtungen ab und vermitteln den Verkehr nach den Orten im Innern. Die wichtigsten der Nebenlinien sind die Bahnstrecken von Ruhnow über Dramburg, Falkenburg, Neustettin nach Schlochau, ferner die die beiden Hauptstrecken verbindenden Linien, die von Schneidemühl ausgehend über Neustettin nach Belgard (Persante) und über Neustettin nach Stolp (Pom.) führen. Die beiden Hauptstrecken werden von 2 Berliner Bahnpostämtern Nr. 3 und 4 befahren und zwar werden alle Personen-, Eil- und Schnellzüge teilweise auch die Eilgüterzüge zur Postbeförderung benutzt. Auch auf sämtlichen Nebenlinien wird mit den Zügen Post versandt, soweit die Anschlüsse günstig für den Beförderungs- und den folgenden Zustellendienst liegen. Die Gesamtzahl der täglich im Bezirk für Postzwecke benutzten Züge beträgt 183, davon haben 36 Züge posteigene Bahnpostwagen und 60 Züge bahneigene Postabteile. Bahnpostwagen wie Postabteile sind mit Beamten zur Umarbeitung der Post besetzt. 41 Züge haben geschlossene Postabteile ohne Beamtenbegleitung mit Sendungen für die am Kurse liegenden Postanstalten und bei 46 Zügen werden Briefsendungen in Beuteln durch Vermittelung des Eisenbahnzugpersonals befördert. Außerdem laufen auf den Hauptstrecken zur Beförderung der Pakete z. T. Beiwagen. Alle diese Leistungen müssen jetzt der Reichsbahn vergütet werden; früher fand die Postbeförderung durch die Eisenbahnen bei Benutzung posteigener Wagen bekanntlich unentgeltlich statt. Die Leistungen der Reichsbahn werden nach der Zahl der für

Postzwecke gefahrenen Achskilometer bezahlt. Da deren Zahl groß ist, sind auch die Zahlungen der Reichspost an die Reichsbahn recht hoch. Die Vergütung für 1 gefahrenes Achskilometer steht nicht fest, sondern verändert sich je nach den Betriebsausgaben der Reichsbahn, außerdem ist die Vergütung niedriger oder höher, je nach dem es sich um posteigene oder bahneigene Wagen handelt. Im Oberpostdirektionsbezirk Köslin werden der Reichsbahn für Zwecke des Postdienstes jährlich rund 3 600 000 gefahrene Achskilometer vergütet.

Es liegt auf der Hand, daß die Postverbindung abhängig sind von dem Gange der Eisenbahnzüge. Sind die Bahnlinien zahlreich und verkehren viele Züge, so werden auch die Postverbindungen gut sein, während Mängel des Eisenbahnverkehrs sich auch beim Postbetriebe bemerkbar machen. Wie oben erwähnt, kommen für den Bezirk 2 Hauptverkehrslinien in Frage; eine im Norden und eine im Süden; dies ist aber mit Rücksicht auf das ausgedehnte Gebiet zu wenig, zumal die Südlinie den Oberpostdirektionsbezirk nur in seinem äußersten Zipfel zwischen Flatow und Firschau durchschneidet. Sind dann noch die Anschlüsse auf den Nebenstrecken für den Postverkehr ungünstig, so müssen Verzögerungen in der Beförderung der Postsendungen zu Tage treten, die für die allgemeine Wirtschaft sehr fühlbar sind. Auf den beiden Hauptstrecken ist im allgemeinen z. T. der Gang der Züge den Postverkehrsbedürfnissen entsprechend geregelt, nur wäre es wünschenswert, wenn der Hauptpostzug Nr. 591, der die Berliner Abendauslieferung bringt und jetzt Berlin um 9,45 abends verläßt, wie vor dem 4. Oktober $\frac{1}{2}$ Stunde zeitiger im Bezirk Köslin einträte, weil bei den jetzigen Fahrzeiten die mitgeführte Post in den östlichen Postorten an der Hauptstrecke und vor allen Dingen an den Nebenstrecken selten noch vormittags bestellt werden kann. Doraussetzung für die frühere Abfahrt des Zuges 591 wäre aber, daß der Anschluß an den Zug 163 Berlin—Stettin jetzt ab Berlin 11,20 nachts, in Stettin gewahrt bliebe. Erheblich ungünstiger für den Postverkehr liegen dagegen teilweise die Anschlüsse der Züge auf den Nebenstrecken der Reichsbahn. Da ist vor allem der Zug 581 ein Schmerzenskind der Postverwaltung, der auf der für den ganzen Süden des Bezirks so überaus wichtigen Strecke Ruhnow—Neustettin—Schlochau verkehrt; die Oberpostdirektion ist seit Jahren vergebens bemüht, bei der Reichsbahn die frühere Abfahrt dieses Zuges von Ruhnow zu erreichen. Der Zug verläßt jetzt Ruhnow 6,20 vorm., während er bis zum Sommer 1921 in unmittelbarem Anschluß in den Berliner Zug 591 an Ruhnow 3,39 vorm. abfuhr. Durch den jetzigen späten Abgang des Zuges 581 wird die wichtigste Postverbindung auf der Strecke für alle Orte von Ruhnow bis Schlochau und an den Anschlußstrecken von Tempelburg bis Jastrow, von Neustettin bis Rummelsburg und von Schlochau bis Rummelsburg sowie für alle abseits der Eisenbahn gelegenen Orte, die ihre Postsendungen von den in Betracht kommenden Stationen mittels Fuhrwerks oder Boten abholen lassen, bedeutend verschlechtert. In vielen Orten, besonders fast in allen Landorten des gekennzeichneten Gebiets, können die Postsendungen infolge des über 2 Stunden späteren Abgangs des Zuges 581 von Ruhnow am Eingangstage nicht mehr zugestellt werden und verzögern sich dadurch um 24 Stunden. Da es sich um die Hauptpost des Tages handelt, ist die Verzögerung für die Bevölkerung sehr fühlbar. Stellenweise, so z. B. für Postanstalten, die sonst von den Zügen der Strecke Tempelburg—Jastrow versorgt wurden, haben bereits kostspielige Ersatzpostverbindungen eingerichtet werden müssen. Auf dieser Strecke (Tempelburg—Jastrow) verläßt der Zug 791 Tempelburg um 5,10 vorm., während Zug 581 von Ruhnow erst um 7,51 vorm. in Tempelburg eintrifft und der nächste Zug 795 von Tempelburg erst 3,14 nachm. in Richtung Jastrow abfährt.

Die Reichsbahn hatte bisher, wie erwähnt, die Früherlegung des Zuges 581 aus wirtschaftlichen Gründen — Mehrkosten und Ausfall von Einnahmen — abgelehnt, auf die wiederholten schriftlichen und mündlichen Vorstellungen der Oberpostdirektion, der Kammer usw. hat die Reichsbahndirektion eine wohlwollende Prüfung dieser Angelegenheit bei Aufstellung des Sommerfahrplans nunmehr zugesagt; es ist deshalb zu hoffen, daß der vielgenannte Zug 581 im kommenden Sommer den früheren Anschluß an den Berliner Zug in Ruhnow erhalten wird.

Sehr ungünstig wie in Ruhnow ist auch für den Postverkehr der Anschluß in Schneidemühl, von wo die Morgenzüge nach Dt. Krone und nach Neufettin erst um 7,26 bzw. 7,15 vorm. abgehen. Infolgedessen gelangt die Post erst so spät zu vielen landeinwärts gelegenen Postanstalten, daß sie an demselben Tage nicht mehr abgetragen werden kann, namentlich nicht im Winterhalbjahr, wo die früh eintretende Dunkelheit es verbietet, die Landbesteller erst mittags ihren Bestellgang antreten zu lassen. Die Sendungen verspäten sich also auch hier fast 24 Stunden. Selbstverständlich ist die Oberpostdirektion fortgesetzt bemüht, überall da, wo sich solche Mängel zeigen, bei der Reichsbahn auf Abhilfe zu dringen. Leider ist die Reichsbahn, da sie die ungeheure Reparationslast zu tragen hat, auf viele Wünsche der Oberpostdirektion der Kosten wegen nicht eingegangen. Deshalb hat die Oberpostdirektion an zahlreichen Stellen versucht, durch Einrichtung von Kraftposten eine Besserung der Postbeförderung zu erreichen.

Der Kraftpostbetrieb im Bezirk hat allmählich einen erfreulichen Aufschwung genommen.

Seine Zunahme in den letzten 2 Jahren geht aus folgenden Zahlen hervor. Am 1. 8. 1923 waren im Bezirk 24 Fahrzeuge für den Kraftpostbetrieb vorhanden (Omnibusse, Phänomobile, Lastkraftwagen, Personenanhänger, Güteranhänger), die sich auf 5 Stützpunkte mit 6 Linien und 86,4 km einfacher Streckenlänge verteilten; am 1. 8. 1925 waren dagegen eingestellt 65 Fahrzeuge für 10 Stützpunkte mit 12 Linien und 325 km einfacher Streckenlänge. Der Vermehrung der Kraftpersonenposten sind aber durch die geringe Bevölkerungsdichte des Bezirks natürliche Grenzen gezogen, außerdem muß bei der jetzt schon voraussetzungen sehr gespannten Finanzlage der Deutschen Reichspost im Wirtschaftsjahr 1926 auch bei Anschaffung neuer Kraftwagen größte Zurückhaltung geübt werden. Verschiedene Pläne zur Verbesserung der Postverbindungen durch Einstellung neuer Kraftomnibusse haben deshalb leider zurückgestellt werden müssen. Im hiesigen Bezirk wird die

Zukunft wohl den Kraftkraftposten gehören, da die Personenkraftposten bei der geringen Dichtigkeit der Bevölkerung sich nur stellenweise eines Zuspruchs erfreuen, der die Einrichtung wirtschaftlich gerechtfertigt erscheinen läßt. Die Kraftfahrzeuge haben den Vorzug der Billigkeit gegenüber den großen Omnibussen und der Schnelligkeit gegenüber den Pferde- und Botenposten. Sie werden ausschließlich zur Postsachenbeförderung benutzt und können deshalb ohne Rücksicht auf den Reiseverkehr so gelegt werden, wie es für den Zu- und Abfluß der Postsendungen günstig ist. Die Oberpostdirektion ist dabei, einige Kraftfahrzeuge zu erproben, um dann auf den gesammelten Erfahrungen weiter bauen zu können.

Briefhüllen und Aufdruck.

Wie der Reichspostminister mitteilte, ist der obere Teil der Vorderseite der Briefumschläge usw. häufig in voller Breite mit dem Namen oder der Firma des Absenders usw. bedruckt. Erst unter diese Angaben werden die Freimarken geklebt, was zur Folge habe, daß die zu tief stehenden Marken von den Entwertungslinien der Briefstempelmaschine gar nicht oder nur unzureichend getroffen werden. Auch werden die Absenderangaben unleserlich gemacht. Infolgedessen entstehen oft unliebsame Weiterungen mit Absendern oder Empfängern solcher Sendungen. Ferner erwache den Postdienststellen dadurch unnütze Mehrarbeit, daß derartige Briefe ausgesondert und mit dem Abdruck eines Handstempels versehen werden müßten. Geschieht dies nicht, was in der Eile, mit der die Geschäfte wahrgenommen werden müssen, leicht vorkommen könne, so gelangten diese Sendungen zunächst an die Sortierstelle und müßten dann zum Nachstempeln zurückgelegt werden. Sie erlitten dadurch in der Absendung oft Verzögerungen. Durch solche, die ganze Breite oder Vorderseite einnehmenden Angaben werde nicht selten der für die Anschrift vorgesehene Raum in einer die Deutlichkeit beeinträchtigenden Weise beeengt. Neuerdings mache sich auch das Bestreben geltend, den unteren Teil der Aufschriftseite in seiner ganzen Breite mit den Absenderangaben zu belegen. Das sei insofern unerwünscht, als die Beamten gewöhnt seien, an dieser Stelle die Wohnungsangabe des Empfängers und den Bestimmungsort zu suchen und Vermerke zu machen, die sich auf eine etwaige Nachsendung beziehen. Endlich sei die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Reklamen auf der Vorderseite der Sendungen einen immer breiteren Raum einnehmen und dadurch den für die Anschrift vorgesehenen Teil in unerwünschter Weise beeengen. Deutlichkeit und Uebersichtlichkeit der Aufschrift seien aber Vorbedingung für eine

Allianz Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft

Vertragsgesellschaft des Industrie-Pensions-Vereins beim Reichsverband der Deutschen Industrie



ALLIANZ-KONZERN

Filialdirektion Stettin

Beantragte Lebensversicherungssumme 460 Millionen Mark.

schnelle Bearbeitung der Sendungen. Um diesem Erfordernis zu genügen und störende Angaben möglichst fernzuhalten, sei beabsichtigt, durch eine entsprechende Postordnungsbestimmung die Anbringung von Reklamen, Absenderangaben, wie sie im § 2 der Postordnung vorgesehen sind, künftig auf einen angemessenen Teil der Vorderseite zu beschränken. Das linke Drittel erscheine für den Zweck ausreichend. Bei der Aufnahme einer derartigen Vorschrift in die Postordnung werde, wie der Reichspostminister besonders betont, für den Ausbruch vorhandener Bestände an Briefumschlägen mit unzulässigen Angaben eine angemessene Frist gewährt werden.

Der vom Herr Reichspostminister vorgeschlagenen Neuerung stimmte unsere Kammer zu.

Wir benutzten die Gelegenheit, den Industrie- und Handelstag auf Klagen hinzuweisen, daß die Post selbst durch besondere Stempel eine Reklame macht, welche besonders in den Fällen als schädlich und störend empfunden wird, in welchen die Briefsendungen Reklamen enthalten.

Auch über die Postreklamen auf den Postscheckbriefhüllen wird geklagt, weil diese bei eiligem Geschäftsgang die Gefahr mit sich bringen, daß man in den Glauben versetzt wird, es handle sich überhaupt nur um eine Reklamezusendung und sich so über den Inhalt der Zusendung täuscht. So wandert dann die Zusendung unter Umständen in den Papierkorb.

Wir schlugen vor, dem Reichspostministerium eine gewisse Beschränkung in der Postreklame nahe zu legen.

Paketquittungen.

Die Industrie- und Handelskammer Straßund teilte mit, daß in letzter Zeit in ihrem Bezirk wiederholt vorgekommen sei, daß Pakete, die von der Post angeblich bestellt worden sind, nicht in die Hände des Empfängers gelangten. Die Postbehörde habe aber glaubhaft nachweisen können, daß die Pakete den Empfänger erreicht haben, da auf der Begleitkarte durch den Paketbesteller der Vermerk gemacht ist: „Ausgehändigt an (Name)“. Da seitens der Post eine Quittung vom Empfänger oder seinem Stellvertreter bei gewöhnlichen Paketen nicht gefordert werde, sei dieser, falls Pakete durch Diebstahl, Unterschlagungen nicht in seinen Besitz gelangten, die Paketkarte aber den Ausgehändigungsvermerk trägt, der Postverwaltung gegenüber völlig rechtlos und werde mit Ersatzansprüchen kurzerhand abgewiesen. Zur Abänderung dieses Zustandes schlägt die Kammer vor, daß jedes Paket in Zukunft auf der Paketkarte vom Empfänger oder seinem Stellvertreter, ähnlich wie dies bei Einschreiben und Wertsendungen gehandhabt wird, quittiert werden möge.

Nach ihrer Ansicht lasse sich dies verhältnismäßig leicht durchführen, da der Empfänger nur den auf der Rückseite der Paketkarte vorgesehenen Quittungsvermerk auszufüllen hätte. Bei größeren Firmen sei schon jetzt allgemein üblich, daß der Empfänger die Nummern der Begleitadressen mit den Nummern der Pakete vergleicht, sodaß bei der Bestellung durch die Neuregelung eine Mehrarbeit oder erhebliche Verzögerung kaum entstehen würde.

Den Straßunder Vorschlägen und ihrer Begründung stimmten wir zu unter der Voraussetzung, daß ohne umständliche Förmlichkeiten und Gebühren Quittung auch von dem mit der Abholung beauftragten Boten und bei Zustellung durch die Post von jedem beauftragten Angehörigen der Geschäfte geleistet werden kann. Jedoch machten wir die Einschränkung, daß der Firmenstempel nur mit dem Zusatz des Namens des Quittungleistenden verwendet werden darf.

„Firma“.

Von einem Postamt ist die Solinger Kammer darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich neuerdings wieder die Unsitte eingebürgert habe, Sendungen an nicht in das Handelsregister eingetragene Gewerbetreibende mit der An-

schrift „Firma“ zu versehen. Hieraus ergeben sich Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten für den Empfänger, da nach den Bestimmungen der Postordnung derartige Sendungen an Minderkaufleute nicht ausgehändigt werden dürfen. Es liegt daher im Interesse der nicht eingetragenen Gewerbetreibenden, wenn sie ihre Geschäftsfreunde hierauf aufmerksam machen und sie veranlassen, Sendungen an ihre persönliche Adresse unter Wegfall des Zusatzes „Firma“ zu richten.

Das Reichs-Telegramm-Adreßbuch

ist wieder erschienen (Ausgabe Oktober). Das Werk ist nach dem neuesten Stand bearbeitet. Die Unterlagen für die Bearbeitung sind wie jedes Jahr so auch diesmal der Gesellschaft durch das Reichs-Postministerium bzw. durch die einzelnen Oberpostdirektionen zugestellt. Es ist also für die Richtigkeit weitgehend Gewähr geboten. Auch diesmal ist wieder außer Danzig das Memelgebiet mitaufgenommen worden. Vermittels des Auswärtigen Amtes ist das Werk im Auslande in 439 Städten aufgelegt.

Das Werk selbst gliedert sich wieder in drei Teile:

1. Verzeichnis der abgekürzten Telegrammanschriften.
2. Alphabetisch geordnetes Firmenverzeichnis.
3. Branchen- bzw. Bezugsquellen-Verzeichnis.

Eine Neuerung ist, daß die Firmen in Teil 2 mit fortlaufenden Nummern versehen sind. Diese Nummern dienen für die Vereinfachung und Verbilligung der Texte im Kabelverkehr. Es braucht im Text eines Kabeltelegrammes nicht mehr die volle Adresse einer Firma telegraphiert werden, sondern lediglich die Nummer, die die Firma führt. Ein Nachschlagen unter dieser Nummer in Teil 2 des Reichs-Telegramm-Adreßbuches ergibt die vollständige Adresse der Firma. Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß Absender und Empfänger des Kabeltelegrammes im Besitze des Reichs-Telegramm-Adreßbuches sind.

Jede Reklame ist im Text vermieden, so daß die einheitliche Uebersicht des Werkes in keiner Weise gestört wird. Es enthält außer dem oben angegebenen Inhalt außerdem eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorschriften des Telegraphenverkehrs und der gesamten im Telegraphenverkehr vorkommenden Gebühren. Ferner die Vorschriften über die Zulassung und Verwendung abgekürzter Telegrammanschriften; ferner allgemeine Vorschriften im Telegrammverkehr sowie ein Verzeichnis der Abkürzungen für besondere Telegramme. Fernerhin eine Uebersicht des Telegrammverkehrs in Deutschland einschl. Saargebiet. Anschließend hieran eine Uebersicht der Bestimmungen über Pressetelegramme nach dem gesamten Auslande. Ebenso eine Uebersicht der Gebühren der Kabel- und Funktelegramme, Funkbriefe und Wochenendtelegramme. Auch der internationale Hoteltelegraphenschlüssel ist mitaufgeführt.

Der Index zum Branchen-Verzeichnis ist, wie auch in den vorhergehenden Werken, auch diesmal wieder in 12 Sprachen geführt.

Im häufigen Telegrammverkehr des In- und Auslandes ist das Werk für Banken, Industrie, Handel und Gewerbe unentbehrlich. Es dient vornehmlich der Entzifferung von Telegrammadressen, Ersparnis im Telegrammverkehr, Beschleunigung der Handelskorrespondenz und Anbahnung internationaler Handelsbeziehungen. Durch die Auslandsverbreitung hat es internationalen Wert und ist eins der wichtigsten Propagandamittel.

Das Werk hat Großlexikonformat, umfaßt ca. 1415 Seiten und ist in der Reichsdruckerei, Berlin, gedruckt worden.

Rundfunksender.

Auf erneute Nachfrage wurde der Kammer mitgeteilt, daß 3. St. die Arbeiten zur Einrichtung eines Rundfunksenders in Stettin im Gange sind. Nach Fertigstellung dieses Senders, über deren Zeitpunkt allerdings Einzelheiten noch nicht angegeben werden können, wird mit einer nicht unwesentlichen Verbesserung der Rundfunkempfangsver-

hältnisse in Pommern gerechnet werden können. Die Aufstellung eines weiteren Rundfunksenders in Pommern kommt bei dem heutigen Stande der Technik mit Rücksicht auf die Knappheit an Wellen für Rundfunkzwecke einstweilen nicht in Frage.

Flugverkehr.

Am 12. Oktober ist Stolp in den Flugverkehr nach der Genehmigung seines Flughafens aufgenommen worden. Der Flugplan lautet:

Verkehr täglich außer Sonntags.

9,30 ab	Hamburg	an	15,30
12,40 ab	Stettin	an	12,40
14,30 ab	Stolp	ab	10,30
15,30 an	Danzig	ab	9,30

Flugpreise:

Hamburg—Stettin	R.-M. 65,—
Stolp—Stettin	R.-M. 38,—
Stolp—Danzig	R.-M. 22,—
Danzig—Stettin	R.-M. 60,—

10 Klg. Freigepäck.

Rechtspflege.

Geschäftsaufsicht.

Eröffnet am	in	Firma bzw. Name
26. 9. 25	Röslin	G. Moutour
7. 10. 25	Borkenhagen Ars. Röslin	Walter Wolff
7. 10. 25	"	Mühlenwerke Wolff=Borkenhagen Rom.-Gef.
17. 10. 25	Schivelbein	Granz Brewing
20. 10. 25	Stolp	Karl Behnik
24. 10. 25	Salkenburg	Karl Denske
25. 10. 25	Dolzin	J. Arnholz
29. 10. 25	Stolp, Bütow, Lauenburg, Belgard	Hermann Geiß
4. 11. 25	Str. Ramin, Kr. Belgard	Mühlenbesitzer Emil Papke
9. 11. 25	Salkenburg	Hermann Denner,
19. 11. 25	Rörlin	W. Krakow
16. 11. 25	Röslin	Papierfabrik Röslin Akt. Gef.
23. 11. 25	Rolberg	Ernst Dohholz
26. 11. 25	Rörlin	Hotel Schwarzer Adler (Emil Otte, Marie Otte, Martin Schuberl)
26. 11. 25	Rummelsburg	Crüger & Senses
Aufgehoben am		
5. 10. 25	Röslin	Hermann Stephan (Konkurs)
6. 10. 25	Glowitz	Leo Seelig
19. 10. 25	Bütow	Ernst Günther (Konkurs)
19. 10. 25	Dolzin	Willy Seff
20. 11. 25	Röslin	Heinrich Grischer (Vergleich)

Geschäftsaufsicht.

Als Beitrag zu der im Gange befindlichen Aenderung des Geschäftsaufsichtsverfahrens übersandte die Kammer dem Deutschen Industrie- und Handelstag Abschrift einer Gerichtskostenrechnung, aus welcher sich ergab, daß die Gerichtskosten bei einer Aktivmasse von rund 285 000 M und Passiven von 421 000 M einschließlich 120 000 M Aktien über 6 000 M ausgemacht haben. Uns will scheinen, daß diese Belastung ungebührlich hoch ist, zumal die Tätigkeit des Gerichts durchaus geringfügig war und sich lediglich auf die unvermeidlichen Formalien beschränkte. Die Arbeit ist von der Geschäftsaufsichtsperson geleistet worden.

Nach unseren Feststellungen lassen sich Schritte mit Erfolg gegen die Kostenrechnung nicht unternehmen, da sie den Vorschriften entspricht und lediglich Massekosten und Masseschulden abzugsfähig sind, wobei sich Nennenswertes

nicht ergeben kann, ferner die Kosten der Verwaltung, die auch keine Ermäßigung von Belang in Aussicht stellen.

Wir meinen, daß der Fall von grundsätzlicher Bedeutung ist. Er beweist, daß die Gerichtskosten mit dem Zweck des ganzen Verfahrens nicht in Einklang zu bringen sind. Wir regten an, daß dieser Gesichtspunkt für die Umarbeitung des Verfahrens im Auge behalten wird.

Versteigerungen aus Pfändungen und Konkursen.

Die durch die Zeitumstände hervorgerufene schwierige Lage in der Geschäftswelt bringt es mit sich, daß häufiger als sonst Zahlungsschwierigkeiten eintreten, von denen auch einwandfreie Firmen nicht verschont bleiben. Pfändungen und Konkurse bleiben somit nicht aus und sind schon keine seltene Erscheinung mehr. Die Folge ist, daß Versteigerungen von Warenbeständen sich häufen, die infolge der mangelnden Kaufkraft des Publikums oft genug zu Verschleuderungen führen, womit den Gläubigern nicht gedient wird, dem Schuldner aber ungerechtfertigte Härten erwachsen, während der ortsansässige Einzelhandel im Absatz leidet. Kommt dazu noch, daß ein Ort von Versteigerungen von Warenbeständen aus anderen Bezirken heimgesucht wird, dann kann die Lebensfähigkeit manches Unternehmens auf dem Spiele stehen.

Die Kammer hatte sich bereits in ihrer Vollversammlung am 8. Januar d. Jrs. mit diesen Unzuträglichkeiten beschäftigt (S. Januarnummer O. W. S. 12) und beschloss, Schritte zu deren Beseitigung zu unternehmen.

Es sollte zunächst erwirkt werden, daß die Versteigerungen, wo unvermeidlich, immer nur am Orte der gewerblichen Niederlassung des Schuldners vorgenommen würden. Außerdem aber sollte angeregt werden, daß die zur Versteigerung kommenden Warenlager zuvor der ortsansässigen Kaufmannschaft angeboten würden, oder die Kammer vorher gehört werde. Ersteres wurde auch von



Der beste
Betriebsstoff

aus

geeichten Dapolin-Pumpen
und plombierten Kannen.

DEUTSCH - AMERIKANISCHE
PETROLEUM - GESELLSCHAFT

STOLP i. Pom.

Stephanplatz 7.

den zuständigen Stellen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bereitwilligst zugesagt (s. März/Aprilnummer O. W. S. 70). Auf die letztere Anregung ging indessen von beachtenswerter Seite folgender Vorschlag ein: „Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen bildet allerdings die öffentliche Versteigerung die Regel, jedoch kann das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners einen freihändigen Verkauf anordnen. In den einzelnen Städten wären dann von der Kaufmannschaft Organisationen zu schaffen oder Vertrauensmänner zu bestellen, die ihrerseits mit den Vollstreckungsbehörden wegen des freihändigen Ankaufs in Verbindung treten und entsprechende Gebote abgeben könnten. Diese wären dann dem Gerichte zur Prüfung und zuständigen Entscheidung zu unterbreiten, wobei natürlich die Interessen des Gläubigers bestimmend ins Gewicht fallen müßten.“ So dankenswert auch dieser Vorschlag ist, wird man doch die Bedenken zu erwägen haben, die von anderer ebenso beachtenswerter Seite dagegen erhoben wurden. Es kann nämlich das Vollstreckungsgericht, wie schon erwähnt, nur auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners den freihändigen Verkauf der Waren anordnen. Da an den in Frage stehenden größeren Warenmengen fast regelmäßig mehrere Gläubiger interessiert sind, so wäre der Antrag von sämtlichen Gläubigern übereinstimmend zu stellen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß diese ohne Hinweisung darauf einen entsprechenden Antrag stellen würden. Würde aber das Gericht in diesem Sinne auf die Gläubiger einwirken, würde durch solche Verhandlungen die Durchführung der Zwangsvollstreckung verzögert werden und sehr leicht der Verdacht einer „Schiebung“ aufsteigen. Dazu kämen weitere nicht unbeträchtliche Verzögerungen durch Ermittlung der Preise, deren Festsetzung das Gericht schwerlich der interessierten Kaufmannschaft überlassen könnte.

Somit wird der vorgeschlagene Weg kaum gangbar sein. Eine dem Vorschlage der Kammer entsprechende Lösung wird wohl nur durch Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen gefunden werden können.

Diese Hemmungen treten nicht derartig in Erscheinung, wenn der Staat selbst der Gläubiger ist. Dies kommt zur Zeit häufig vor, da infolge der gegenwärtigen Schwierigkeiten sich oft steuerliche Rückstände ergeben und Pfändungen von Warenlagern unvermeidlich sind. Eine gleiche Anregung der Kammer bei der zuständigen Finanzbehörde hatte infolgedessen auch den Erfolg, daß an die untergeordneten Dienststellen Anweisungen ergangen sind, sich vor Versteigerungen größerer Warenmengen mit der Kammer in Verbindung zu setzen.

Buchführungspflicht für Minderkaufleute.

Nach § 4 des Handelsgesetzbuches finden die Vorschriften über die Firmen, die Handelsbücher und die Prokura auf Handwerker sowie auf Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleinwerbes hinausgeht, keine Anwendung. Wie der Verband der Vereine Creditreform e. V., Leipzig, in einer vor kurzem an das Reichsjustizministerium gerichteten Eingabe betont, entspricht diese Bestimmung nicht mehr den Verhältnissen des modernen Handelsverkehrs. Ungezählte sogenannte „Minderkaufleute“ hätten in ihrem Geschäftsbetrieb Umsätze beträchtlichen Umfangs aufzuweisen, jedoch fehle es infolge mangelnder Buchführung an einer Uebersicht über den Geschäftsgang, da der Inhaber des Geschäftes nicht in das Handelsregister eingetragen und daher auch zu geordneter Buchführung nicht verpflichtet sei. Zwar könne das Registergericht mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammern Kaufleute, deren Betriebe einen größeren Umfang besitzen, als ihn § 4 HGB. im Auge hat, zur Eintragung in das Handelsregister anhalten; eine reifliche Erfassung der eintragungspflichtigen Firmen ließe sich aber durch dieses Verfahren niemals erreichen.

Der Verband der Vereine Creditreform e. V. ist deshalb der Auffassung, daß Minderkaufleute im Sinne des HGB. zu Aufzeichnungen verpflichtet werden müssen, die sich auf den Eingang und Ausgang von Waren, Einkäufe und Verkäufe, Einnahmen und Ausgaben im Geschäft beziehen und eine schnelle und reibungslose Orientierung über den Tatbestand ermöglichen. Die Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes (§ 31 Absatz 1), nach denen eine Aufzeichnungspflicht für alle Umsatzsteuerpflichtigen, also auch die Minderkaufleute, gegeben ist, sowie die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz (§ 98) sehen eine Aufzeichnungspflicht im steuerlichen Sinne nur für den Fall vor, daß sämtliche Entgelte, die der Steuerpflichtige erhält, in ein Buch eingetragen sind. Diese Bestimmungen seien unzureichend. Es wird vielmehr beantragt, § 4 Absatz 1 HGB. folgenden Wortlaut zu geben:

„Die Vorschriften über die Firmen, die Prokura und die Handelsbücher finden auf Handwerker sowie auf Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleinwerbes hinausgeht, keine Anwendung; doch haben die Letztgenannten Aufzeichnungen in ein Buch zu machen, aus denen der Ein- und Ausgang von Waren, sowie die Einnahmen und Ausgaben von Geldbeträgen im Geschäft hervorgehen.“

Zu dem Hinweis des Deutschen Industrie- und Handelstags auf § 164 der Reichsabgabenordnung bemerkte unsere Kammer in ihrer Stellungnahme, daß er zur Abhilfe nicht ausreicht, weil das Einkommen über den Betrag von 2000 M. hinausgehen muß. Wir sind zu der Ansicht gelangt, daß der Vorschlag des Verbandes der Vereine Creditreform einen gangbaren Weg zeigt und baten daher den Industrie- und Handelstag den Vorschlag aufzunehmen.

Verschiedenes.

Einzelhandelsstagnation.

Etwa fünfzig Vertreter der Einzelhandelsvereine des Kammerbezirks hatten sich auf Einladung der Kammer am 29. Oktober d. Jrs. nachmittags 3 Uhr im Sitzungssaal ihres Dienstgebäudes in Stolz versammelt, um einige besondere Fragen zu erörtern und dadurch zugleich die Kammer in deren Bearbeitung zu unterstützen. Es waren vertreten aus: Köslin: Deutscher Apothekerverein — Verband deutscher Eisenwarenhändler, Bezirksgruppe Hinterpommern — Stolz: Bezirksverein Köslin des deutschen Drogiſtenverbandes — Reichsbund des Textileinzelhandels, Bezirksverein Ostpommern — Verband der Spiritus- und Spirituosen-Interessenten, sodann Ortsvereine aus: Belgard: Kaufmännischer Verein 1921 — Bublitz: Verein Bublitzer Kaufleute — Dramburg: Ortsgruppe Dramburg im Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Le-

Vorzugs-Angebot

Sprachen lernen — überholt!

Heute überſetzt man ſeine Briefe automatisch, d. h. ohne Sprachkenntniſſe, dabei mühelos, korrekt und fehlerlos nach Göſtſorphy's Sprachſyſtem.

Sie ſtellen Ihre fremdsprachlichen Briefe in Ihrer Muttersprache zuſammen. Die Ueberſetzung erfolgt durch unſer Syſtem im Moment automatisch und ohne jede Arbeit Ihrerſeits, und Sie ſchreiben einfach den fert'g und tadelloſ überſetzten Brief in jeder gewünſchten Sprache ſofort ab. Zahlreiche begehrte Anerkennungen! ſerig erſchienen: Deuſch, engliſch, ſpaniſch. Vorzugspreis zuſammen ſtatt 10,— M. nur 6,— M. Im Druck: Spaniſch, italieniſch, portugieſiſch. Jede Sprache nur 2,— M. Bei Voreinſendung auf Poſtſcheckk. Berlin 65320 portofrei; Nachn. 40 Pfg. teurer. Harald G. J. Göſtſorphy Verlag, Abt. O. 3, Berlin W 30, Schlieſſach 38.

Arbeitsſparniſ! Geſchäftsvergrößerung! Gehaltsverhöhung!

Nahrungsmittelhändler E. D. — Reichsbund des Textileinzelhandels E. D. Ortsgruppe Dramburg — Köslin: Verein der Tabakwarenhändler von Köslin und Nachbarorten — Lauenburg: Verein selbständiger Kaufleute — Neustettin: Verein selbständiger Kaufleute — Polzin: Verein Polziner Kaufleute — Rummelsburg: Kaufmännischer Verein — Schivelbein: Ortsgruppe des Reichsbundes des Textileinzelhandels — Kaufmännischer Verein — Schlawa: Korporation der Kaufmannschaft — Stolp: Vereinigung Stolper Kolonialwarenhändler E. D. — Ortsgruppe Stolp des Reichsbundes der deutschen Papier- und Schreibwarenhändler — Verein der Kohlenhändler von Stolp und Stolpmünde E. D. — Verein zur Wahrung kaufmännischer Interessen — Deutscher Zigarrenhändler-Bund E. D.

Daß Kolberg leider nicht vertreten war, ist auf das Zusammentreffen der Veranstaltung mit dem Kolberger Herbstmarkt zurückzuführen.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Wettbewerb der landwirtschaftlichen Genossenschaften, um festzustellen, in welcher Weise sich inzwischen die Zusagen erfüllt haben, welche die Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften in einer von der Kammer im April einberufenen Aussprache gemacht hatten, daß dem Einzelhandel in seinen Artikeln kein Wettbewerb mehr gemacht werden solle, bis auf die Artikel des landwirtschaftlichen Massenbedarfs. Die ausgedehnte Erörterung ergab, daß in Dramburg keine Besserung zu spüren ist, sondern nach wie vor und mit weiterer Ausdehnung Kolonialwaren, Kleisenwaren, Bürstenwaren, Arbeitsanzüge und dergleichen verkauft werden. Aus Belgard wurden lebhafteste Klagen über den starken Wettbewerb in Kleisenwaren, Haus- und Küchengeräten vorgebracht, der sich auch für Schivelbein durch die Verkaufsstelle des Belgarder

landw. Ein- und Verkaufsverein in Groß-Rambin fühlbar macht; auch in Groß-Tychow arbeitet eine solche Zweigstelle. Im übrigen Bezirk ließ sich feststellen, daß ein Grund zu Klagen größeren Umfanges nicht mehr vorliegt.

Im Anschluß hieran wurden die verschiedenen Versuche des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes besprochen, mit Hilfe von Wanderlägern im Kammerbezirk Textilwaren zu verkaufen. Wenn dazu Schulen, Rathäuser, Postgebäude und sonstige öffentliche Gebäude verwendet worden sind, so ist jetzt Abhilfe geschaffen, wie die dem Deutschen Industrie- und Handelstag vorliegenden Erklärungen der zuständigen Stellen zeigen und auch hier S. 148 zu sehen ist. Darüber hinaus zu gehen und etwa die Selbsthilfe der Beamten einzuschränken oder zu verbieten, erscheint nicht durchführbar. Der beste Schutz des Einzelhandels liegt in seiner Überlegenheit mit besseren Waren und mit billigeren Preisen, was sich gezeigt hat. Soweit in den Ankündigungen und Flugblättern der Verkäufer des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes Irreführungen vorkommen, können die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs benutzt werden. Das beste Mittel aber bleibt auch für den Einzelhandel die Selbsthilfe, wie in der Erörterung erläutert wurde.

Der Punkt 2 der Tagesordnung sah eine Besprechung der Erwägungen der Kammer vor, wie in der „Ostpommerschen Wirtschaft“ 1925 S. 15 berichtet worden ist, durch freiwillige Lehrlingsprüfungen zur Hebung des Lehrlingswesens und damit der Kaufmannschaft beizutragen, wofür der von der letzten Dollerversammlung eingesetzte Sonderausschuß den ersten Entwurf ausgearbeitet hatte. Die Versammlung begrüßte den Plan und erklärte sich mit den Grundzügen einverstanden. Ueberwiegend empfahl man mit den Prüfungen in Stolp zu beginnen und alsdann Prüfungsausschüsse etwa in Köslin, Kolberg oder



Warum gebührt bei Einrichtung eines Feuerschutzes dem Handfeuerlöscher

minimax

der Vorzug?

Weil MINIMAX

1. jederzeit löschbereit
2. unabhängig von Wassermangel
3. leicht handlich
4. langjährig haltbar
5. am Brandort sofort nachfüllbar

ist und infolge dieser Vorzüge in mehr als 74000 Brandfällen mit vollem Erfolg angewendet wurde. Unverbindliche Auskunft jederzeit

MINIMAX A. G. - Berlin NW. 6 (A. 95 I)

1925 1. Hälfte des Jahres (H. Kasper)
 vom 1927

Anbau und Ernte 1924 (vgl. Juni-Nummer S. 99).

Kreise	Winterweizen ✓			Sommerweizen ✓			Winterroggen ✓			Sommerroggen ✓		
	Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag	
		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen
		Doppelson- tner	ha		Doppelson- tner	ha		Doppelson- tner	ha		Doppelson- tner	ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Schivelbein	155	11,0	1 710	83	10,5	868	7 302	8,5	62 067	486	13,2	6 430
Dramburg	393	18,5	7 271	82	13,6	1 115	14 946	10,3	153 944	1 015	11,1	11 267
Neustettin	815	12,4	10 106	100	13,1	1 310	28 485	8,5	242 123	1 915	8,6	16 469
Belgard	498	16,1	8 018	169	15,8	2 670	16 483	9,1	149 995	1 237	11,2	13 854
Kolberg (Stadt)	56	20,0	1 120	—	—	—	185	16,0	2 960	—	—	—
Kolberg-Rörlin	789	17,3	13 650	74	13,2	977	17 602	13,0	228 104	173	13,3	2 301
Röslin (Stadt)	115	24,0	2 760	—	—	—	610	20,0	12 200	—	—	—
Röslin (Land)	1747	25,4	44 374	102	20,2	2 060	8 688	15,1	131 189	166	11,0	1 826
Bublitz	194	11,7	2 270	94	13,6	1 278	6 973	8,2	57 179	935	9,6	8 976
Schlawa	1671	15,4	25 733	259	14,6	3 781	18 899	11,3	213 559	712	10,2	7 262
Rummelsburg	77	10,1	778	78	11,6	905	8 996	4,4	39 582	2 015	9,7	19 546
Stolp (Stadt)	5	15,0	75	—	—	—	210	14,0	2 940	50	14,0	7 700
Stolp (Land)	875	17,5	15 313	370	14,9	5 513	16 570	9,1	150 787	3 933	12,0	47 196
Lauenburg i. Pom.	390	14,2	5 538	169	14,4	2 434	6 321	10,8	68 267	3 419	11,0	37 609
Bütow	15	16,6	249	187	14,2	2 655	5 774	7,4	42 728	681	8,8	5 993
Regierungsbez. Köslin zusf.	7795	17,8	138 965	1767	14,5	25 566	158 044	9,9	1 557 624	16 737	10,7	179 429

Kreise	Erbfen und Suttererbfen aller Art (Delufchen) 1)			Speifebohnen (Stangen-Bufchbohnen)			Ackerbohnen (Sau-, Pferdebohnen) 1)			Wicken 1)			Lupinen			
	Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		zum Unter- pflügen, zur Fruchtgewin- nung usw. für Körner- gewinnung	Körnerertrag		
		vom	im		vom	im		vom	im		vom	im				
		ha	ganzen		ha	ganzen		ha	ganzen		ha	ganzen				
		hektar	Doppelfentner		hektar	Doppelfentner		hektar	Doppelfentner		hektar	Doppelfentner				
29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
Schivelbein	99	11,7	1 158	—	—	—	12	12,0	144	200	14,8	2 960	384	37	12,0	444
Dramburg	358	18,0	6 444	2	15,0	30	62	15,3	949	269	18,5	4 977	1417	247	12,7	3137
Neuftertin	420	13,0	5 460	1	15 0	15	48	13,6	653	338	13,1	4 428	2393	447	13,5	6035
Belgard	124	16,6	2 058	—	—	—	80	13,7	1096	206	15,4	3 172	832	298	10,8	3218
Kolberg (Stadt)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kolberg-Rörlin	322	14,0	4 508	1	15,0	15	55	19,3	1062	465	13,4	6 231	494	81	14,8	1199
Köslin (Stadt)	7	28,0	196	—	—	—	10	16,1	161	160	28,0	4 480	—	—	—	—
Köslin (Land)	213	16,5	3 515	—	—	—	302	21,9	6614	437	14,2	6 205	114	89	16,3	1448
Bublitz	183	12,7	2 324	—	—	—	4	12,0	48	90	13,2	1 188	760	117	14,0	1638
Schlawa	524	13,4	7 022	—	—	—	97	14,5	1407	370	12,1	4 477	540	92	10,6	975
Rummelsburg	197	14,9	2 935	11	15,0	165	204	10,0	2032	77	12,2	939	879	170	10,3	1751
Stolp (Stadt)	25	20,0	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stolp (Land)	631	16,3	10 285	—	—	—	65	17,8	1157	978	14,5	14 181	1252	172	12,6	2167
Lauenburg i. Pom.	433	14,5	6 279	4	15,0	60	25	10,0	250	354	13,6	4 814	479	82	11,7	959
Bütow	183	16,3	2 983	—	—	—	17	11,2	490	114	12,6	1 436	533	10	18,0	180
Regierungsbez. Köslin zuf.	3719	15,0	55 667	19	15,0	285	981	16,1	15 763	4058	14,7	59 488	10 077	1842	12,6	23 151

Kreise	Rohrüben (Stedrüben, Bodenkohlrabi, Wruken, Dörfchen)			Mohrrüben (Möhren, Karotten)			Weißkohl			Raps und Rübsen (Winter- und Sommerfrucht)		
	Ernte- fläche Hektar	Ertrag		Ernte- fläche Hektar	Ertrag		Ernte- fläche Hektar	Ertrag		Ernte- fläche Hektar	Ertrag	
		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen
Doppelson- tner		Doppelson- tner		Doppelson- tner		Doppelson- tner						
62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	
Schivelbein	1 091	373,8	407 860	25	266,7	6 668	1	229,0	229	—	—	—
Dramburg	818	399,6	326 873	54	321,2	17 345	2	229,4	459	10	10,6	106
Neustettin	2 927	351,0	1 027 377	79	227,7	17 988	6	155,0	930	2	12,9	126
Belgard	2 011	359,2	722 351	49	245,4	12 025	5	150,0	750	68	10,1	687
Kolberg (Stadt)	140	200,0	28 000	2	241,5	483	20	229,4	4 588	—	—	—
Kolberg-Rörlin	2 233	360,8	805 666	44	241,7	10 635	7	240,0	1 680	35	14,2	497
Röslin (Stadt)	130	300,0	39 000	—	—	—	2	229,4	459	—	—	—
Röslin (Land)	1 682	377,0	634 114	68	300,0	20 400	4	233,3	933	142	14,8	2 080
Bublitz	981	283,4	278 015	20	200,0	4 000	4	200,0	800	8	10,0	80
Schlawa	3 629	375,2	1 361 601	181	214,5	38 825	7	200,0	1 400	12	14,0	163
Rummelsburg	1 715	312,0	535 080	27	201,4	5 438	2	229,4	459	7	9,1	64
Stolp (Stadt)	75	300,0	22 500	2	100,0	200	5	100,0	500	—	—	—
Stolp (Land)	4 543	390,0	1 771 770	65	244,8	15 912	21	360,0	7 560	11	10,2	112
Lauenburg i. Pom.	3 137	364,4	1 143 123	40	215,0	8 600	16	160,0	2 560	17	10,1	172
Bütow	1 148	304,9	350 025	7	223,3	1 563	9	240,0	2 160	5	12,9	65
Regierungsbez. Köslin zusf.	26 260	360,0	9 433 355	663	241,5	160 082	111	229,4	25 467	317	12,9	4 075

1) Ernteerträge einschl. der nicht bekannten Mengen an Grünfütterung und Zubereitung sowie zum Unterflügen (Düngung), die bei Erbfen, Ackerbohnen

Wintergerste			Sommergerste			Hafer			Gemenge aus Getreide aller Art			Buchweizen		
Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag	
	vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen
	Doppelsentner			Doppelsentner			Doppelsentner			Doppelsentner			Doppelsentner	
Hektar	15	16	Hektar	18	19	Hektar	21	22	Hektar	24	25	Hektar	27	28
43	10,0	430	458	13,0	5 967	7 077	13,9	98 431	1 357	13,4	18 178	1	6,0	6
35	15,8	553	1 450	19,2	27 840	8 583	18,7	160 502	1 936	16,3	31 557	159	7,0	1 113
87	14,6	1 168	1 966	15,4	30 276	20 417	15,2	310 338	2 174	15,5	33 697	590	5,9	3 481
96	15,1	1 450	1 362	17,4	23 699	12 643	16,6	209 874	1 988	16,7	33 200	—	—	—
—	—	—	23	23,0	529	190	22,0	4 180	—	—	—	—	—	—
119	16,4	1 952	1 375	18,4	25 300	11 584	17,4	201 562	2 185	15,2	33 212	13	6,4	83
—	—	—	75	15,0	1 125	450	30,0	13 500	—	—	—	—	—	—
68	23,1	1 571	1 285	23,6	30 326	6 290	22,6	142 154	775	19,6	15 190	11	7,0	77
36	15,6	562	833	15,0	12 495	5 890	16,3	95 007	887	16,4	14 547	57	8,0	456
92	20,5	1 886	2 779	18,8	52 245	16 148	18,6	300 353	1 538	16,1	24 762	22	7,4	163
15	6,0	90	811	19,7	15 977	8 612	18,7	161 044	1 479	16,3	24 108	64	5,7	365
—	—	—	88	24,0	2 112	350	24,0	8 400	—	—	—	—	—	—
69	15,6	1 076	4 073	20,1	81 867	23 748	19,3	458 336	2 703	17,5	47 303	11	6,4	70
95	10,0	950	2 473	20,1	49 707	13 008	18,2	236 746	1 346	16,1	21 671	3	8,0	24
2	15,6	31	342	17,2	5 882	6 322	14,4	91 037	471	16,3	7 677	69	8,4	580
750	15,6	11 719	19 393	18,8	365 347	114 312	17,6	2 492 464	18 839	16,2	305 102	1 000	6,4	6 418

Gemenge aus Hülsen- früchten ohne Getreide ¹⁾			Gemenge aus Hülsen- früchten mit Getreide ¹⁾			Kartoffeln				Zuckerrüben				Süßkorn (Runkeln)		
Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag		Ernte- fläche	Ertrag			Erntefläche		Rüben-ertrag		Ernte- fläche	Ertrag	
	vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		davon krank	zur Rüben- gewin- nung	zur Samen- gewin- nung	vom ha	im ganzen	Hektar	vom ha		im ganzen	
																Doppelsentner
Hektar	Doppelsentner		Hektar	Doppelsentner		Hektar	Doppelsentner			Hektar	Doppelsentner		Hektar	Doppelsentner		
43	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61
61	16,2	988	480	13,2	6 348	4 712	144,9	682 940	45 682	20	—	200,0	4 000	130	343,2	44 620
103	11,9	1226	886	16,8	14 885	9 722	167,5	1 628 253	40 959	22	—	256,0	5 632	374	398,1	148 889
376	12,5	4700	1880	13,7	25 756	17 825	140,5	2 504 545	118 264	6	—	250,0	1 500	411	369,1	151 700
167	13,5	2255	890	15,5	13 817	10 815	151,9	1 642 594	56 944	47	2	235,7	11 078	392	332,8	130 458
—	—	—	110	18,0	1 980	275	137,0	37 675	—	—	—	—	—	50	200,0	10 000
240	15,7	3769	733	14,3	10 482	7 316	145,6	1 065 302	31 303	49	—	229,1	11 226	508	388,1	197 155
—	—	—	75	15,0	1 125	200	240,0	48 000	—	—	—	—	—	55	300,0	16 500
99	18,8	1841	807	18,3	14 768	4 530	167,0	756 395	23 323	53	—	291,2	15 487	410	354,2	145 222
62	12,4	769	528	13,7	7 234	5 647	138,2	780 640	84 908	2	—	240,0	480	121	306,4	37 074
209	14,9	3114	1196	15,5	18 538	10 935	155,8	1 703 213	76 280	3	—	247,1	741	516	325,3	167 855
215	15,4	3311	743	17,4	12 928	9 059	145,8	1 321 075	150 518	—	—	—	—	109	275,8	32 062
1	16,0	16	139	20,0	2 780	260	160,0	41 600	—	—	—	—	—	25	200,0	5 000
205	13,8	2822	1856	15,7	29 139	21 313	155,7	3 318 550	130 316	5	—	200,0	1 000	315	366,5	115 448
220	13,2	2904	1063	16,9	17 965	11 899	150,4	1 789 582	87 540	7	—	247,1	1 730	172	446,5	76 798
178	13,4	2385	309	11,2	3 461	4 299	123,1	529 050	57 531	—	—	—	—	7	300,0	21 000
2136	14,1	30 100	11 695	15,5	181 206	118 807	150,2	17 849 414	903 568	214	2	247,1	52 874	3595	355,7	1 278 881

Klee aller Art (auch mit Beimischung von Gräsern)			Luzerne			Be- oder Entwässerungs- wiesen (Rieselwiesen)			Andere Wiesen			Gras- (Lein)	Hafer, Pfeffer u. a. Gespinnst- pflanzen	Acker- fläche	Landwirt- schaftlich genutzte Fläche überhaupt
Ernte- fläche	Heuertrag 2)		Ernte- fläche	Heuertrag 2)		Ernte- fläche	Heuertrag 2)		Ernte- fläche	Heuertrag 2)		Ernte- fläche	Ernte- fläche		
	vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen				
Hektar	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89
2 871	39,1	112 256	4	46,0	184	45	45,6	2 052	3 121	37,7	117 662	27	—	31 630	36 827
3 759	40,8	153 367	34	70,3	2 390	—	—	—	5 825	41,1	239 408	74	—	54 379	65 163
8 612	39,7	341 896	123	40,2	4 945	460	40,0	18 400	12 123	37,2	450 976	234	—	107 996	130 154
5 687	40,4	229 755	33	47,5	1 586	318	42,8	13 610	9 027	40,4	364 691	150	1	62 612	77 980
470	80,0	37 600	—	—	—	—	—	—	1 155	80,0	92 400	—	—	1 501	2 952
6 241	55,2	344 503	29	70,0	2 030	4	50,0	200	9 385	47,0	444 849	94	—	57 782	70 342
350	80,0	28 000	—	—	—	—	—	—	210	80,0	16 800	—	—	2 250	2 460
4 395	47,8	210 081	12	46,0	552	—	—	—	7 974	42,0	394 908	75	—	35 225	47 159
2 370	44,9	106 413	35	42,4	1 484	15	45,6	684	4 123	36,3	149 665	61	—	31 926	38 610
8 205	44,6	365 943	69	35,0	2 415	152	50,8	7 722	15 528	39,5	613 356	205	5	76 268	101 438
3 550	40,1	142 355	52	46,0	2 392	345	43,3	14 939	5 958	33,2	197 806	67	—	46 772	57 354
170	50,0	8 500	—	—	—	—	—	—	220	60,0	13 200	—	—	1 459	1 695
10 497	46,7	490 210	80	49,5	3 960	232	46,0	10 672	19 062	37,8	720 544	187	—	107 802	138 996
5 355	46,2	247 401	52	40,9	2 127	554	51,6	28 586	10 377	39,4	408 854	35	2	56 707	75 264
1 671	48,0	81 712	—	—	—	52	46,4	2 413	3 849	38,5	148 187	34	1	26 964	34 028
64 203	45,2	2 899 992	523	46,0	24 047	2 177	45,6	99 278	107 937	40,5	4 373 306	1 243	9	701 363	880 422

1) nur geringe bei Wiesen und Hülsenfruchtmengen jedoch erheblich find. — 2) einschl. der als Heu veranschlagten Grünfütter- und Weidenutzung.

Belgard, Neustettin einzurichten. Den Ausschlag werde allerdings die Zahl der Prüflinge geben müssen.

Eine brennende Frage, die aus der Not der Zeit entstanden ist, behandelte alsdann in längeren Ausführungen Dr. Holz, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Kammer, indem er die Versteigerungen aus Pfändungen beleuchtete. Unsere Leser finden den Vortrag auf S. 145. In der Erörterung empfahl der anwesende Geschäftsführer des Bezirksvereins Ostpommern im Reichsbund des Textil-einzelhandels Rechtsanwalt Dr. Müllerheim-Stolp auf Grund seiner Erfahrungen, daß die Fachvereine bei Versteigerungen und ebenso bei Konkursen die Warenlager erwerben sollten, jedenfalls aber die Interessenten die Versteigerungen besuchen und in Konkursausschüsse eintreten möchten. Am schlimmsten wirken die Versteigerungen und Konkurse für den Zigarrenhandel, wie einer seiner Vertreter anschaulich schilderte, da z. B. in Stolp an jedem Mittwoch und Sonnabend mehrere Gerichtsvollzieher Tabakwaren versteigern. Praktische Abhilfe zu finden, erwies sich als außerordentlich schwierig, weil der Geldmangel den Erwerb der Warenlager in den Versteigerungen und Konkursen verhindert, sodaß vorgeschlagen wurde, zur Erhaltung der lebensfähigen Geschäfte einen bestimmten Kredit gegen Sicherung zur Verfügung zu stellen, um der ständigen Bedrohung durch die Versteigerungen und Konkurse zu begegnen. In welcher Weise die Verschleuderung vor sich geht, wurde durch Beispiele belegt, wie z. B. bei dem Verkauf eines Büfets im Werte von etwa 750 M zu sage und schreibe 100 M.

Schließlich kam noch der alte Wunsch der Kaufmannschaft zur Sprache, daß als Konkursverwalter regelmäßig Kaufleute bestellt werden sollten, wozu der Kammerpräsident die entsprechenden Bemühungen der Kammer darlegte, aber auch die Schwierigkeiten, welche sich aus den Anforderungen an die Vertrauenswürdigkeit und an gewisse juristische Kenntnisse der Konkursverwalter ergeben.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen stand der letzte Punkt der Tagesordnung, die Einrichtung eines Gläubigerschußes für den Kammerbezirk, um den Einzelhandel gegen Verluste in der Privatwirtschaft zu schützen. Wie wir auf S. 117 unserer „Ostpommerschen Wirtschaft“ 1924 berichtet haben, hat die Kammer diese Einrichtung den Vereinen überlassen, aber auch in der Vertretung der Vereine des Einzelhandels zeigten sich die Schwierigkeiten der Selbsthilfe. Man betonte die Notwendigkeit, die Auskunft noch zu erhalten, wenn der unbekannte Käufer im Laden sei, andererseits die Ueberflüssigkeit der Auskunft an kleinen Plätzen, wenn man an Unbekannte ohne Bezahlung überhaupt nicht verkaufe. Man empfahl schließlich den Vereinen, einen Versuch zu machen und die Auskünfte zwischen den Vereinen und zwischen den einzelnen Plätzen des Kammerbezirks auszutauschen. In Ergänzung der Tagesordnung wurden noch Fragen zur Sprache gebracht, welche mit den Ausnahmen von der Sonntagsruhe zusammenhängen. Die anwesenden Vertreter der Kammer sagten genaue Prüfung zu, sobald hier das Material eingereicht sei und erklärten, daß in der nächsten Vollversammlung die Kammer überhaupt zur Sonntagsruhe in ihrem Bezirk Stellung nehmen werde.

Nachdem noch erläutert war, daß die von der Kammer veranstalteten Tagungen des Einzelhandels nicht etwa regelmäßig in Stolp stattfinden, sondern als Wanderversammlungen bereits in Belgard, Köslin und Kolberg abgehalten wurden, schloß der Versammlungsleiter, Kammermitglied Ruffmann-Stolp, mit Worten des Dankes an die Anwesenden die Versammlung, die um 3 Uhr begonnen hatte, um 4 1/2 Uhr.

Don der Küste.

Für das Wirtschaftsleben des Regierungsbezirk Köslin ist der Bau von Fischereihäfen in Kolberg und

Rügenwalde von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Leider hat der Herr Oberpräsident die Kammer benachrichtigen müssen, daß es sich nicht hat ermöglichen lassen für 1926 die Geldmittel zum Bau der Fischereiboothäfen in Kolberg und Rügenwalde bereit zu stellen; es ist jedoch die Anmeldung entsprechender Mittel für 1927 vorgeesehen. Was die Uferschutzbauten östlich von Stolpmünde anbelangt, so hat laut Mitteilung des Herrn Oberpräsidenten die Finanzverwaltung der Einstellung eines Betrages in der von ihm beantragten Höhe von 67 000 M in den Haushaltsplan für 1926 zugestimmt. Voraussetzung dabei ist, daß von der Gemeinde Stolpmünde ein Kostenbeitrag in Höhe von 20 v. H. obigen Betrages geleistet wird. Dabei ist beabsichtigt, den Beitrag der Gemeinde staatsseitig zunächst zinslos zu verauslagen. Für die ratenweise Tilgung ab 1927 ist eine Frist von 6 Jahren in Aussicht genommen. Die Mittel für einen vorläufigen Uferschutz, der noch in diesem Jahre auszuführen ist, sind ebenfalls bewilligt worden.

Warenhandel der Beamten.

Bereits seit einiger Zeit ist der Landesausschuß der preußischen Industrie- und Handelskammern von Industrie- und Handelskammern auf die Klagen aufmerksam gemacht worden, die gegen den Handel der Beamten in den Diensträumen während der Dienststunden erhoben worden sind. Da der Reichsminister des Innern sich veranlaßt gesehen hat, über die Frage des Handels von Beamten innerhalb der behördlichen Dienststellen des Reiches Grundsätze zu veröffentlichen, hat der Landesausschuß seinerzeit die zuständigen preußischen Zentralstellen gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß ähnliche Grundsätze auch für die preußischen Dienststellen in Kraft gesetzt werden. Wie von dem Herrn Minister des Innern mitgeteilt wird, liegen derartige Richtlinien über den Warenhandel bei preußischen Behörden und in Diensträumen zur Zeit dem Preußischen Staatsministerium zur Beschlußfassung vor. Durch diese Richtlinien werden auch die Verhältnisse der Schutzpolizeibeamten geregelt werden.

Benzin.

Der Verkauf der Benzin-Zapfstellen gehört zum Einzelhandel. Die Freigabe des Benzinverkaufs auch außerhalb der jetzigen Verkaufszeit erscheint im Hinblick auf die Verkehrsbedürfnisse wünschenswert. Die Kammer sprach sich daher für eine allgemeine Freigabe des Benzin-Verkaufs im Einzelhandel außerhalb der jetzigen Verkaufszeit aus.

Dinformat.

Zwecks Herbeiführung der Einheitlichkeit und möglicher Ersparnis, sowie im Interesse der Ordnung, Uebersichtlichkeit und Einfachheit in der Anlage und Verwaltung der Akten haben sämtliche Reichsbehörden und der größte Teil der Länder- und Kommunalbehörden für ihren Geschäftsbereich die Verwendung von Papierformaten nach dem vom Normenausschuß der Deutschen Industrie festgelegten Normformat A 4 = Din 476 (Größe: 210 × 297 mm) verfügt. Auch verschiedene große Industriekonzerne haben ihren Verwaltungsbetrieb ganz auf das Dinformat 476 umgestellt.

Das Dinformat 476 wird bei den genannten Behörden und Industriebetrieben ausschließlich als Einheitsbriefbogen für die bisherigen Folio bzw. Briefquartformate verwendet; es eignet sich auch für Rechnungen, Druckfachenwerke, Werbeschriften und Kataloge. Seit dem 1. Januar 1925 erscheinen eine Anzahl technischer Zeitschriften im Dinformat 476, womit seine Eignung für Fachzeitschriften erwiesen ist.

Der Normenausschuß der Deutschen Industrie, Berlin NW. 7, Sommerstraße 4a, erteilt bei Anfragen nähere Auskunft über die verschiedenen Dinformate.

Wir wären für Mitteilungen dankbar, wie die Angelegenheit in der Geschäftswelt beurteilt wird.